



Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.

Ich bin daher entschlossen,
keine Art von Krieg zu unterstützen
und an der Beseitigung
aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Grundsatzerklärung der DFG-VK, die jedes Mitglied unterschrieben hat.

NEIN ZUM KRIEG!
Нет войны! Нет войны!

„DER KRIEG IST EIN VERBRECHEN AN DER
MENSCHHEIT. ICH BIN DAHER ENTSCLOSSEN,
KEINE ART VON KRIEG ZU UNTERSTÜTZEN
UND AN DER BESEITIGUNG ALLER
KRIEGSURSACHEN MITZUARBEITEN.“



Wolfram Wette: Es gab und gibt ein „anderes“ Deutschland

Andreas Zumach: Zur Einordnung des Ukraine-Kriegs

Tobias Pflüger: Deserteure unterstützen, nicht Krieg!

Die Option aktiven zivilen Widerstands

Frieden

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 65296246
E-Mail verwaltung@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23575236
E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Katja Görge
E-Mail Goergen@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Markus Hornberger
E-Mail hornberger@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Marius Pletsch
E-Mail pletsch@dfg-vk.de
- Jan Sander
E-Mail sander@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und -Gruppen: www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der

DFG-VK, Braunschweiger Str. 22,
44145 Dortmund
Telefon 0231 - 818032
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
<http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start>

Redaktion *ZivilCourage*

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711-51892620
E-Mail zc@dfg-vk.de



Liebe Leserin, lieber Leser, kurz nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine erhielt ich die E-Mail eines langjährigen DFG-VK-Mitglieds, in der er sich beschrieb als „fassungslos, wütend, tief betroffen – der Angriffskrieg gegen die Ukraine lässt mich wie ungezählte andere mit solcherlei Emotionen zurück.“ Ja, so ging es mir zunächst auch, und es fiel mir sehr schwer, diese *ZivilCourage* zu erstellen.



Foto: privat

Aber so wichtig Emotionen sind, unser Handeln und Denken sollten wir nicht allein von ihnen bestimmen lassen, sondern ebenso von unserem Verstand. Meiner sagt mir: Krieg ist furchtbar, grausam und für viele tödlich. Aber das ist leider keine neue Erkenntnis, sondern das gilt für alle Kriege. Deswegen soll ja Krieg nicht sein, deshalb ist für uns der Krieg ein Verbrechen an der Menschheit.

Deshalb muss der Ukraine-Krieg so bald wie möglich beendet werden, schnell mindestens ein Waffenstillstand vereinbart werden. Denn klar ist doch:

Mehr Waffen verlängern den Krieg, und noch mehr Menschen verlieren ihr Leben. Waffenlieferungen sind deshalb der falsche Weg und können von uns nicht unterstützt werden.

Und klar ist auch: Irgendwann wird der Krieg beendet, indem Russland und die Ukraine miteinander verhandeln und Vereinbarungen treffen. Je eher, desto besser.

Und schließlich: Dauerhaften Frieden in Europa wird es nur mit Russland geben können, jedenfalls nicht gegen es – so unsympathisch und falsch wird dort vieles auch zu Recht halten mögen. Deswegen ist eine Verteufelung Russlands oder gar die Ankündigung seiner Ruinierung keine kluge Politik. Und deshalb ist auch das Scholz'sche Gerede von einer Zeitenwende falsch.

Seine undiskutierte und einsame Entscheidung, der Ukraine Waffen zu liefern, die Rüstungsausgaben dauerhaft massiv zu erhöhen und ein gigantisches „Sondervermögen Bundeswehr“ aufzulegen, ist in Wahrheit ein Rückfall in den Militarismus vergangener Zeiten.

Das erfordert unseren deutlichen Widerspruch. Aufrüstung ist eine Kriegsursache. Mehr Militär schafft nicht mehr Sicherheit und schon gar keinen Frieden. Im Gegenteil werden damit die Ressourcen, die wir so nötig für die Abwendung der menscheitsbedrohenden Klimakatastrophe benötigen, verschwendet. Der notwendige soziale Frieden und gerechte Ausgleich wird durch Aufrüstung und das Denken in militärischen Schablonen nicht befördert, sondern verhindert.

Der Pazifismus wird es schwerer haben, wenn Freund-Feind-Denken und militärische Stärke propagiert werden. Richtig bleibt aber: Wirklich lösen lassen sich Konflikte nur zivil.

In diesem Sinne grüßt



**DEFUND VIOLENCE!
DER GEWALT DIE MITTEL ENTZIEHEN.**
23. DFG-VK BUNDESKONGRESS
20. - 22. MAI 2022
DUISBURG

Der Bundeskongress findet in hybrider Form statt, Delegierte und Gäste können also entweder persönlich und präsent in Duisburg teilnehmen – oder aber digital und online über das Internet. Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder, stimmberechtigt die Delegierten. Eine Anmeldung ist auf jeden Fall nötig: <https://buko2022.dfg-vk.de/anmeldung/>

Deserteure unterstützen, nicht Krieg!

Gemeinsam gegen die 100-Milliarden-Aufrüstung kämpfen

Von Tobias Pflüger



Foto: privat

Der russische Angriff auf die Ukraine ist Unrecht, ein Verstoß gegen das Völkerrecht und ein Schock. Hat sich aber dadurch die politische Situation grundlegend geändert – auch hierzulande?

Für uns in der DFG-VK ist der Krieg ein Verbrechen an der Menschheit. Das gilt auch für diesen Krieg. Was können wir tun, damit der Krieg möglichst schnell endet? Ihn in keiner Weise unterstützen – indem wir z.B. Deserteure unterstützen, die russischen, aber auch die aus der Ukraine.

Nicht-Unterstützung des Krieges heißt aber auch, gegen deutsche Waffenlieferungen einzutreten und gegen ideologische und materielle Aufrüstung, gegen Kriegspropaganda und Feindbilddenken.

Denn nach dem Schock über den Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar folgte der zweite Schock, der sich noch lange innenpolitisch auswirken wird. Bundeskanzler Olaf Scholz verkündete am 27. Februar, ohne dass die Ampelkoalitions-Abgeordneten das zuvor genauer wussten, ein Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 000 000 000 Euro und die Einhaltung des jährlichen 2-Prozent-Ziels der Nato. Eine noch nie dagewesene Aufrüstung. Eine Verdreifachung der Militärausgaben. Ein Geldsegen für die Rüstungsindustrie. Alle Projekte, die wir mit Druck oder Vereinbarungen verhindern oder aufhalten konnten, von der Bewaffnung der Drohnen bis zum Kauf der extrem teuren F-35-Nuklearbomber wurden handstreichartig verkündet.

Es ist die Aufgabe von Friedensbewegten, Pazifist*innen, Antimilitarist*innen und Linken, nun gegen diesen Aufrüstungskurs zu kämpfen. Ja,

viele müssen wir wieder von ganz vorne anfangen. Ich befürchte, dass wieder – wie beim Nato-Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999 – ein ganzes (rot-grünes) Milieu auf den Kriegs- und Aufrüstungskurs mitgenommen werden soll oder schon wird. Dem müssen wir entgegenwirken.

Ist die Nato nun „gut“? Nein, natürlich nicht. Die Nato-Osterweiterung war bestimmt nicht friedensstiftend. Die Nato ist und bleibt ein Kriegsführungsbündnis. Wir sollten natürlich bei unserer Kritik an der Nato-Politik bleiben. In der Nato gibt es die höchsten Militärausgaben weltweit. Jede angeschaffte Waffe wird später exportiert, auch in Kriegs- und Krisengebiete. Auch die Hofierung mit Waffenlieferungen oder mit Energieabnahmen von „Verbündeten“ wie der Türkei oder Katar bleibt falsch. Atomwaffen und Atomkraftwerke bleiben auch weiterhin völlig unverantwortlich und menschheitsbedrohend.

Die politische Auseinandersetzung ist härter geworden und sie wird darum gehen, ob und wie (genau) diese 100 Milliarden Euro für die Rüstungsindustrie und die Bundeswehr ausgegeben werden und welche (finanz-)politischen Prioritäten insgesamt gesetzt werden. Wir haben viel zu tun!

Verweigern wir uns der menschenverachtenden Kriegs- und Aufrüstungs(un)logik und bleiben dabei: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.

Tobias Pflüger ist seit 25 Jahren DFG-VK-Mitglied und (Mit-)Initiator der Tübinger Informationsstelle Militarisierung. Bis zur Wahl 2021 war er für Die Linke Abgeordneter im Bundestag und dort Mitglied im Verteidigungsausschuss. Seit 2014 ist er stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei Die Linke <<

Inhalt

Titel

4 Andreas Zumach: Zur Einordnung des Ukraine-Kriegs

8 Thomas Carl Schwoerer: Die diplomatischen Möglichkeiten ausreizen

10 Antimilitaristische Aktion Berlin: Aufstand statt Aufrüstung

11 Aktion gegen das 100-Milliarden-Euro-„Sondervermögen“ für die Bundeswehr

12 Siglinde Cüppers: Dem Krieg die Menschen entziehen

13 Erklärung des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung

14 David Scheuing: Pazifismus und KDV in kriegerischen Zeiten

16 Initiative *Sicherheit neu denken*: Die Option aktiven zivilen Widerstands

18 Kathrin Vogler: Verhandlungsbereitschaft herstellen

19 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

21 Jürgen Grässlin: Völkerrecht bei Rüstungsexporten achten

22 Werner Glenewinkel: Chronik eines angekündigten Krieges

Diskussion

26 Theodor Ziegler: Doch, pazifistische Politik geht so

Erinnerung

28 Bernd Drücke: Nachruf auf den Deserteur Rainer Schepper

Antimilitarismus

30 Neues vom „Global Net“

32 Elvin Çetin und Marius Pletsch: „Autonome Waffensysteme“ verbieten

Pazifismus

31 Wolfram Wette: Es gab und gibt ein „anderes“ Deutschland – Helmut Donat zum 75. Geburtstag

15 Impressum • 35 Briefe • 27, 38 Literatur • 43 Satire • 43 Beitrittserklärung zur DFG-VK • 44 Karikatur

Zur Einordnung des Ukraine-Kriegs

Trotz des verbrecherischen Kriegs – Sicherheit in Europa gibt es nur mit Russland

Von Andreas Zumach

Ein Angriffskrieg ist per se völkerrechtswidrig. Aber die russischen Invasionstruppen haben bereits in den ersten Tagen ihrer Operationen auf ukrainischen Boden auch gegen die Regeln des „humanitären Völkerrechts“ verstoßen, die einen größtmöglichen Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg gewährleisten sollen. Die russischen Angriffe richteten sich zunehmend gegen Wohnviertel, zivile Infrastrukturen wie Strom-, Gas- und Wasserleitungen oder sogar Krankenhäuser. Wenn sich die Kampfhandlungen lange hinziehen, könnten ukrainische Städte dasselbe Schicksal erleiden wie Grosny, das 1995 im ersten Tschetschenien-Krieg von russischen Streitkräften weitgehend zerstört wurde.

Wann dieses Ende kommen wird – und mit welchem Ergebnis – ist derzeit nicht vorhersehbar, Fest steht dagegen, wer diesen Krieg vom Zaun gebrochen hat. Präsident Wladimir Putin hat nicht nur den Angriffsbefehl gegen die Ukraine gegeben, er hat die Invasion auch von langer Hand vorbereitet, wozu auch Lügen und systematische Täuschungsmanöver gehörten.

Westliche Diplomaten und höchst-rangige Gesprächspartner wie Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz, die sich in den Wochen vor dem 24. Februar in direkten Gesprächen mit Putin und seinem Außenminister Sergei Lawrow um eine Deeskalation bemühten, wurden „eiskalt belogen“ und „ausgetrickst“, wie es die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock ausdrückte. Vor allem Lawrow hatte seinen Gesprächspartnern mehrfach versichert, ein Angriff auf die Ukraine sei „nicht geplant“.

Putin hat aber nicht nur „den Westen“ vor den Kopf gestoßen. Auch in der Uno ist Russland heute so isoliert, wie es während der 77-jährigen

Geschichte der Weltorganisation ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats noch nie gewesen ist.

Im 15-köpfigen Sicherheitsrat schaffte es Moskau zwar noch, bei einer Dringlichkeitssitzung in der Nacht zum 26. Februar die Verabschiedung einer Resolution durch sein Vetorecht, das es als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates hat, zu verhindern. Aber die russische blieb die einzige Gegenstimme, während sich Indien, China und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) enthielten.

Das Scheitern der Ukraine-Resolution im Sicherheitsrat führte allerdings zu einer Dringlichkeitssitzung der Uno-Generalversammlung, auf der am 2. März von den 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen 141, also fast drei Viertel, für eine Resolution mit dem Titel „Aggression gegen die Ukraine“ stimmten. Auch die Emirate votierten jetzt mit „Ja“. In der Resolution forderte die Generalversammlung einen „sofortigen Waffenstillstand“ in der Ukraine, gefolgt von einem „sofortigen, bedingungslosen und vollständigen Rückzug aller russischen Streitkräfte vom Territorium der Ukraine innerhalb seiner international anerkannten Grenzen“.

Gegen diese Resolution votierten in der außer Russland lediglich Belarus, Nordkorea, Syrien und Eritrea. Zu den 35 Staaten, die sich enthielten, gehörten neben China, Indien und Iran auch Staaten wie Kuba oder Nicaragua, die bei früheren Abstimmungen in der Generalversammlung oder anderen Uno-Gremien in der Regel die Position Russlands unterstützt hatten.

In der beschlossenen Resolution heißt es, „die militärischen Angriffe der russischen Streitkräfte“ hätten „ein Ausmaß erreicht, das die internationale Gemeinschaft seit Jahrzehnten in Europa nicht mehr erlebt“ habe. Die

Regierung Putin wurde aufgefordert, ihre am 21. Februar verkündete und vom russischen Parlament ratifizierte „Anerkennung“ der beiden ostukrainischen Teilrepubliken Donezk und Luhansk wieder rückgängig zu machen.

In der Generalversammlung fiel das Votum für diese Resolution und gegen die russische Invasion auch deshalb so deutlich aus, weil der Angriffsbefehl Putins noch während der Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats erfolgt war, der am Abend des 23. Februar den Krieg noch im letzten Moment verhindern wollte.

Eine solche Provokation, wie sie in der Geschichte der Vereinten Nationen ohne Beispiel ist, haben sehr viele Mitgliedsstaaten als schweren Affront der Regierung Putin gegen die Weltorganisation wahrgenommen. Wie groß die Empörung über das Verhalten der Vetomacht Russland war, zeigt die Tatsache, dass sich bei der zweitägigen Debatte in der Generalversammlung nicht weniger als 120 BotschafterInnen zu Wort gemeldet hatten.

Ein derart eindeutiger „Schuld-spruch“ der UN-Generalversammlung ist bei einem internationalen Konflikt äußert selten. Laut Uno-Charta liegt die „Hauptverantwortung“ bei einer „Bedrohung“ oder gar dem „Bruch des Friedens und der internationalen Sicherheit“ eigentlich beim UN-Sicherheitsrat. Der kann „Maßnahmen zur Friedenschlichtung“ nach Kapitel 6 der Charta beschließen, oder sogar nach Kapitel 7 politische, wirtschaftliche oder militärische Zwangsmaßnahmen gegen den jeweiligen Friedensbrecher anordnen.

Als der Sicherheitsrat diese Verantwortung 1950 während des Korea-Krieges nicht wahrnehmen konnte, weil er durch ein Veto der Sowjetunion blockiert und handlungsunfähig war,

zog die Generalversammlung diese Zuständigkeit an sich. Am 3. November 1950 verabschiedete sie auf Antrag von USA und Großbritannien die Resolution 377 A („Uniting for Peace“). Darin wurde für den Fall einer blockierten Sicherheitsrats-Resolution der Mechanismus einer „emergency special session“ geschaffen.

Eine solche „Notstandssondersitzung“ der Generalversammlung hat es seit 1950 nur elf Mal gegeben; die elfte war nun die vom 2. März. Mit der Resolution zu Putins Krieg in der Ukraine hat die Generalversammlung überhaupt erst zum dritten Mal in der 77-jährigen Geschichte der Uno eines der fünf ständigen und vetoberechtigten Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrats verurteilt.

Dabei traf es in allen drei Fällen die Regierung in Moskau. Ende März 2014 verurteilte die Generalversammlung mit 100 gegen elf Stimmen bei 58 Enthaltungen die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland. Bereits im Januar 1980 hatte sie ebenfalls mit großer Mehrheit die kurz zuvor erfolgte Invasion der damaligen Sowjetunion in Afghanistan verurteilt.

Im Gegensatz zu Russland bzw. der Vorgängerin Sowjetunion ist dies den drei westlichen Vetomächten im Sicherheitsrat – also den USA, Großbritannien und Frankreich – bislang noch nie passiert. Sie haben es dank ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht noch immer geschafft, eine Verurteilung ihrer völkerrechtswidrigen Kriege oder ihrer Kriegs- und Besatzungsverbrechen zu verhindern.

Das gilt zum Beispiel für den Vietnam-Krieg der USA (1964-1975), für Frankreichs Krieg in Algerien (1954-1962) oder für die britische Beteiligung am Irakkrieg von 2003. Als Südafrika den Versuch unternahm, diesen Krieg einer „Koalition der Willigen“ in einer Resolution der Generalversammlung als völkerrechtswidrig zu qualifizieren, konnte die damalige US-Regierung von George W. Bush diese Initiative mit massiven Drohungen gegen Pretoria im Keim ersticken.

Das Verhalten der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats wurde bislang nach sehr unterschiedlichen Maßstäben bewertet. Das ist scharf zu kritisieren, aber auf keinen Fall ein Grund, den Krieg gegen die Ukraine zu verharmlosen, zu entschuldigen oder gar zu legitimieren. Für diesen völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Angriff gibt es nicht die geringste Rechtfertigung.

Putins Propagandalügen vom „Genozid“ im Donbas oder der „Nazi-Regierung“ in Kiew sind ohnehin zu absurd. Das gilt allerdings nicht für Putins Hinweise auf die Völkerrechtsverletzungen westlicher Staaten, zum Beispiel im Fall des Kosovo-Kriegs der Nato, der ohne UN-Mandat begonnen wurde.

Angesichts dessen, was 1999 im Kosovo geschah, sind mehrere der Behauptungen falsch, die derzeit im Westen von der politischen Klasse wie auch von vielen Medien über den militärischen Überfall auf die Ukraine verbreitet werden. Denn Putin hat keinesfalls „den ersten Krieg gegen die europäische Friedensordnung“ angefangen oder „zum ersten Mal in Europa gewaltsam Grenzen verletzt“ und damit als Erster gegen die Uno-Charta, gegen die KSZE-Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 und gegen die Pariser „Charta für ein neues Europa“ von 1990 verstoßen.

Mit dieser Argumentation wird verdrängt, dass die Nato bereits 1999 mit ihrem völkerrechtswidrigen Luftkrieg gegen Serbien und Montenegro zum ersten Mal militärische Mittel zur Lösung politischer Konflikte eingesetzt hat. Und dass der Westen mit der Anerkennung der Sezession des Kosovo von Serbien das Prinzip aufgekündigt hat, wonach Grenzen nicht gewaltsam verändert werden dürfen.

Ernst zu nehmen ist auch die russische Kritik an Fehlentscheidungen der westlichen Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges und insbesondere an der Tatsache, dass diese ihre – wenn auch nicht schriftlichen – Zusagen an Moskau, die Nato nicht nach Osten zu erweitern, nicht eingehalten haben.

Jenseits der moralischen und völkerrechtlichen Ebene gibt es allerdings auch die Ebene realpolitischer Einsichten und Abwägungen. Auf dieser Ebene muss man leider feststellen, dass Putin mit der Invasion in der Ukraine in überaus brutaler Weise das getan hat, was der US-amerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan bereits wenige Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion prophezeit hat.

Die vorausschauende Analyse Kennans erschien in der New York Times vom 5. Februar 1997 unter dem Titel „A fateful error“ und lief auf eine dringende Warnung hinaus: „Eine Erweiterung der Nato wäre der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära nach dem Kalten Krieg.“ Eine solche Erweiterung werde nicht nur „die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Meinung anheizen“ und damit „negative Auswirkungen auf die Entwicklung der russischen Demokratie haben“. Sie werde auch, so Kennan weiter, „die Atmosphäre des Kalten Krieges in die Ost-West-Beziehungen zurückbringen und die russische Außenpolitik in Richtungen treiben, die uns entschieden missfallen werden“.

Kennan bedauerte insbesondere, dass diese Expansionsstrategie gegenüber einem Russland betrieben wird, das sich – unter einem Präsidenten Boris Jelzin – „in einem Zustand hoher Unsicherheit oder gar Lähmung befindet“. Aber noch bedenklicher sei, „dass es für diesen Schritt überhaupt keine Notwendigkeit gibt“. Warum sollte es in den Ost-West-Beziehungen, gab Kennan zu bedenken, „angesichts all der hoffnungsvollen Möglichkeiten, die das Ende des Kalten Krieges hervorgebracht hat, vornehmlich um die Frage gehen, wer sich mit wem – und implizit gegen wen – verbündet“. Und das im Hinblick auf einen „herbeiphantasierten, völlig unvorhersehbaren und höchst unwahrscheinlichen künftigen Konflikt“.

Ein Vierteljahrhundert später bleibt die Frage aktuell, was der Westen dazu

beitragen hat, dass ein „höchst unwahrscheinlicher Konflikt“ kein Phantasterei, sondern Realität ist. Kennan war kein Pazifist, kein Linker und auch kein Freund der Sowjetunion. Er hatte nach dem Zweiten Weltkrieg das Konzept der „Eindämmung“ gegen den gegnerischen Ostblock konzipiert. Ein Plan, der auf militärischer Ebene damals die Doktrin der „massiven Vergeltung“ beinhaltete, die der 1949 gegründeten Nato von ihrer Führungsmacht vorgegeben wurde. Diese Vergeltungsdoktrin sah vor, dass die USA selbst bei einem lediglich konventionellen Angriff sowjetischer Truppen gegen die Bundesrepublik oder andere Nato-Staaten sofort ihre strategischen Atomwaffen gegen Ziele in der Sowjetunion einsetzen sollten.

Ende der 1960er Jahre wurde diese Doktrin durch die „flexible Antwort“ abgelöst, die bei einem Angriff sowjetischer Truppen zunächst „nur“ einen Gegenschlag mit in Westeuropa stationierten taktischen Atomwaffen vorsah.

Kennan wirkte von 1926 bis 1963 als Diplomat und zuletzt als außenpolitischer Chefberater der Regierung Kennedy. Vor dem Zweiten Weltkrieg war er in Talin, Riga und Moskau stationiert gewesen, 1939 in Prag dann bis 1942 in Berlin und 1944/45 erneut in Moskau. Er sprach fließend Russisch und hatte – auch in Berlin – russische Geschichte studiert. Sein analytisches Verständnis für die russischen Sicherheitsbedürfnisse und -interessen beruhte auf seiner Kenntniss des Landes und speziell seiner historischen Traumata.

Das unterscheidet einen intelligenten Veteranen aus Zeiten des Kalten Krieges von vielen Kommentatoren, die in den aktuellen Debatten über Russland und seinen Präsidenten Putin ohne historische Kenntnisse daherreden. Und dabei die Erfahrungen und Lehren aus der Ost- und Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre nicht etwa relativieren oder überprüfen, sondern vollständig entsorgen wollen.

Aber nicht nur Kennan hatte in den 1990er Jahren vor einer Nato-Osterweiterung gewarnt. Auch andere Diplomaten und Politiker der USA mahnten damals an, die „legitimen Sicherheitsinteressen“ Moskaus zu berücksichtigen.

Was die deutsche Debatte betrifft, so kritisierte im September 1995 Peter Glotz, vormals SPD-Generalsekretär, in einem „Spiegel“-Essay mit dem Titel „Saftige Dummheit“ die Osterweiterungspläne mit Argumenten, die bereits die Warnungen Kennans vorwegnahmen: „Das zieht eine neue, willkürliche Grenze durch Osteuropa, stärkt die großrussischen Kräfte in Moskau, gefährdet die Abrüstungsvereinbarungen mit Russland und schwächt die Entscheidungsfähigkeit des Bündnisses.“

Mit der Invasion in der Ukraine demonstrieren „die großrussischen Kräfte in Moskau“ nicht nur, dass sie sich durchgesetzt haben. Sie zeigen auch, dass sie zu vormals unvorstellbaren Risiken bereit sind. Wie steht es angesichts dessen um die „Entscheidungsfähigkeit“ des westlichen Bündnisses?

Nach Artikel 51 der UNO-Charta hat die von Russland angegriffene Ukraine das Recht auf militärische Selbstverteidigung. Desgleichen erlaubt die Charta eine militärische Unterstützung durch Streitkräfte anderer Staaten, wenn diese von der Kiewer Regierung erbeten wird. Das wird allerdings nicht geschehen. Für die Nato-Staaten scheidet diese Option angesichts des Risikos einer nuklearen Eskalation aus. Deshalb wird auch die Einrichtung einer Flugverbotszone über der Ukraine abgelehnt.

Jenseits der von der EU, den USA und anderen Staaten verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland sind daher Waffenlieferungen an die ukrainischen Streitkräfte das einzige Mittel, um der Ukraine militärisch beizustehen.

Die USA haben die ukrainischen Streitkräfte bereits seit der Annexi-

on der Krim im Jahr 2014 mit Waffen und militärische Ausrüstung beliefert. Seit Dezember 2021 haben auch andere Nato-Staaten, wie Großbritannien, Kanada und die Niederlande, mit Waffenlieferungen begonnen. Sie reagierten damit auf den bedrohlichen Aufmarsch russischer Truppen an der ukrainischen Grenze.

Drei Tage nach Kriegsbeginn revidierte auch die deutsche Regierung ihre zuvor ablehnende Haltung und kündigte die sofortige Lieferung von Panzerfäusten und Luftabwehrraketen an die ukrainischen Streitkräfte an. Unter dem Druck der Ereignisse endete damit eine langjährige Debatte, in der das Pro und Contra immer stark von historischen Argumenten dominiert war. Bis zur Kehrtwende der Bundesregierung hatte insbesondere Außenministerin Annalena Baerbock deutsche Waffenlieferungen mit Verweis auf eine „besondere historische Verantwortung“ abgelehnt.

Auch im Fall der Ukraine verwies Baerbock auf die über acht Millionen Menschen, die während des Vernichtungskriegs der Nazi-Wehrmacht gegen die Sowjetunion auf ukrainischem Boden getötet wurden. Dagegen argumentierte der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrey Melnik, genau umgekehrt. Gerade wegen dieser historischen Schuld habe Deutschland nunmehr eine „besondere Verantwortung“, seinem Land bei der „Selbstverteidigung gegen die heutigen Aggressoren“ mit Waffenlieferungen beizustehen.

Baerbock brachte allerdings ein zweites Argument vor, das weitaus problematischer ist: Deutschland verfolge „traditionell eine restriktive Rüstungsexportpolitik“ und liefere „grundsätzlich keine Waffen in Spannung- und Krisengebiete“. Beide Behauptungen sind nachweislich falsch.

Zum einen ist Deutschland nach dem Sipri-Report vom März 2021 der weltweit viertgrößte Rüstungsexporteur (nach den USA, Russland und Frankreich und noch vor China). Zum

zweiten gingen umfangreiche Waffenlieferungen – entgegen der geltenden Rechtslage – nicht nur in Spannungs- und Krisengebiete wie die Türkei, sondern sogar an kriegsführende Staaten wie Saudi-Arabien, das militärisch im Jemen engagiert ist.

Jenseits einer militärischen Unterstützung sind wirtschaftliche Sanktionen das einzige Mittel, um auf einen Angriffskrieg zu reagieren. Im aktuellen Fall bleibt allerdings abzuwarten, was die Maßnahmen, die seit Beginn des Ukraine-Krieges von den USA, der EU und anderen Staaten gegen Russland verhängt wurden, mittel- und langfristig bewirken können – und wie hoch die Kosten für die sanktionierenden Länder sind. Dabei ist die große Frage, ob die Sanktionen die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machteliten des Landes derart hart treffen, daß sie sich von Präsident Putin abwenden. Und womöglich sogar so weit gehen, ihn durch eine andere Figur zu ersetzen, die den Krieg beendet, aber weiterhin ihre Privilegien sichert.

Völkerrechtlich problematischer wäre die Kalkulation, dass die Sanktionsmaßnahmen die Bevölkerung schmerzen sollen, um sie gegen den heutigen Präsidenten aufzubringen. Was den berühmten „Regimewechsel“ bedeuten würde, den Putin dem Westen ohnehin als Ziel unterstellt.

Eine solche Strategie wäre aber ohnehin nur dann erfolgversprechend, wenn es in Russland eine gut organisierte und handlungsfähige demokratische Opposition gäbe, die nach einem Sturz Putins die Regierung in Moskau übernehmen könnte, um sich anschließend durch Wahlen eine demokratische Legitimität zu verschaffen.

Leider gibt es derartige Oppositionskräfte nicht. Was aber kein Wunder ist angesichts der systematischen Repression und Ausschaltung oppositioneller demokratischer Personen, Gruppen und Organisationen, die von der Regierung Putin seit Jahren als

„ausländische Agenten“ denunziert werden.

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist zwar immer wieder von einer „Europäischen Friedensordnung“ die Rede. Doch so etwas gibt es nicht. Es gab bislang lediglich eine teileuropäische Friedensordnung und dies in dauernder Spannung und in den letzten mindestens 15 Jahren in zunehmender Konfrontation mit Russland.

Doch eine nachhaltige, dauerhafte und möglichst spannungs- und störungsfreie Friedensordnung auf dem eurasischen Kontinent kann und wird

es nicht geben ohne Russland und schon gar nicht gegen Russland. Dafür spricht alle historische Erfahrung nicht nur aus den bald 33 Jahren seit dem Fall der Berliner Mauer, sondern mindestens seit Anfang des 19. Jahrhunderts. Nur wenn der Westen diese historische Erfahrung endlich akzeptiert und seine seit dem „Sieg im Kalten Krieg“ anhaltende Hybris endlich überwindet, besteht eine Chance für eine derartige Friedensordnung.

Andreas Zumach ist Journalist und langjähriges DFG-VK-Mitglied.



Gegen Krieg und Aufrüstung: Aktuelle Grafik des Künstlers und DFG-VK-Mitglieds Wilfried Porwol

Die diplomatischen Möglichkeiten ausreizen

Rede bei der Kundgebung „Stoppt den Krieg“ am 13. März in Frankfurt am Main

Von Thomas Carl Schwoerer

Liebe Freundinnen und Freunde, in kürzester Zeit, seit gut zwei Wochen erleben wir eine Achterbahn der Gefühle. Die erste Erschütterung kam am 24. Februar mit Russlands Einmarsch in die Ukraine. Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Entsprechend haben wir sofort diesen Angriffskrieg und Präsident Putins Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen verurteilt. Wir verurteilen seinen Einsatz von Streumunition sowie den Beschuss eines ukrainischen Atomkraftwerks und mehrerer Städte. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und den Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine.

Zwei Tage später waren wir zunächst hocherfreut über die Frankfurter Kundgebung der 7000 gegen diesen Krieg. Der Wermutstropfen bestand darin, dass vor allem Ukrainer den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden ausgebuht haben, als er sich für Sanktionen, aber gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und für Deeska-

lation aussprach. Der ukrainische Generalkonsul entriss ihm auf unfreundliche Art das Mikro.

Tags darauf, zeitgleich zur beeindruckenden und ermutigenden Berliner Kundgebung der Hunderttausenden, kam die zweite Erschütterung, die allerdings nicht mit der ersten zu vergleichen war: Kanzler Scholz hat eine massive Aufrüstung angekündigt. Sie nützt der Ukraine nichts. Und selbst im Rahmen einer militärischen Abschreckungslogik sind die 100 Milliarden Euro auch nicht annähernd nachvollziehbar. Eine weitere Aufrüstung der osteuropäischen Nato-Staaten beispielsweise kostet nie und nimmer eine solche Summe.

Bereits in den letzten zehn Jahren ist der Militär-Etat von knapp 32 Milliarden auf gut 50 Milliarden Euro gewachsen – ein Plus von 58 Prozent. Schon diese bisherige Hochrüstung sorgte nicht für Sicherheit: Der Etat aller Nato-Staaten zusammen ist schon heute 16-Mal höher als der Russlands. Das hat aber die massiven kon-

ventionellen und atomaren Streitkräfte Russlands nicht weniger gefährlich gemacht.

Diese 100 Milliarden sind nicht Sicherheit neu denken, sondern altes Den-

**Frieden und Solidarität
die Menschen in der**

ken, um mit Gorbatschow zu sprechen. Militärische Scheinlösungen haben in Afghanistan, Mali und gegen den Terror versagt.

Die 100 Milliarden wären viel besser in den Klimaschutz, die weltweite Pandemiebekämpfung und viele andere Herausforderungen wie Bildung für die junge Generation investiert, statt sie für volkswirtschaftlich unproduktive Ausgaben zu verschwenden.

Was die Waffenlieferungen an die Ukraine anbetrifft, sind sie zwar als solidarische Tat gemeint, die Zeit kauft, damit die Sanktionen gegen Russland greifen. Die Kehrseite dieser Medaille ist, dass der Krieg mit zunehmender Dauer immer brutaler wird. Zudem gelangen Rüstexporte erfahrungsgemäß in die falschen Hände. Außerdem sind die Lieferungen an die Ukraine ein Präzedenzfall für zukünftige Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisenregionen – und das in einem Jahr, in dem die Ampel ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen will.

Es gibt eine große Hilflosigkeit und Angst in der Gesellschaft, auch unter Kindern und in Pflegeheimen. Dagegen hilft Orientierung: Stimmt es, dass die Diplomatie ihre Grenzen erreicht hat?



Fotos: Thomas News

Thomas Carl Schwoerer: „Die Möglichkeiten der Diplomatie wurden nicht ausgereizt.“

Nein, die Möglichkeiten der Diplomatie, so engagiert sie betrieben wurden, wurden nicht ausgereizt. Der Westen hat Putins Kernforderungen nach Sicherheitsgarantien abgewiesen. Es wäre immer noch möglich, das zu revi-



dieren, etwa zu sagen: Die Nato greift Präsident Selenskyjs Angebot der Neutralität der Ukraine auf und macht sie sich zu eigen, schließt also einen Nato-Beitritt aus.

Schon vorher hat der Westen Fehler gemacht, indem er seit 1990 Russland nicht als gleichberechtigten Partner in die europäische Friedensordnung einbezog. Und indem er 2008 der Ukraine und Georgien die Nato-Mitgliedschaft in Aussicht stellte, damit Präsident Putins ausdrückliche rote Linie überschritt und ihn demütigte.

Das alles rechtfertigt nicht den brutalen russischen Einmarsch und dass sich Putin äußerst brutal zu nehmen versucht, was er vorher gefordert hat.

Das Vertrauen zu Präsident Putin steht auf einem Tiefpunkt, seine Glaubwürdigkeit hat massiv gelitten. Gerade deshalb würden Abrüstungsverhandlungen eine Chance darstellen: Schon im Kalten Krieg gelang es,

durch Abrüstungsverhandlungen in kleinen Schritten Vertrauen aufzubauen. Generell führt – leider – kein Weg vorbei an Verhandlungen mit Putin.

Es gibt mehrere Anlässe zur Hoffnung: 1,5 Millionen Menschen haben die Petition der russischen Antikriegsbewegung unterschrieben. Sie und die ukrainische Friedensbewegung gilt es zu unterstützen, auch Einzelpersonen wie den Chefredakteur der Nowaja Gaseta und die russische Kriegsdienstverweigerer-Organisation OVD, denen wir unsere Solidarität versichert haben. Ermutigend ist außerdem, dass die russische Regierung international nahezu vollständig geächtet ist.

Beeindruckend ist die Solidarität hierzulande mit Geflüchteten. Wir fordern auch Asyl für alle Menschen aus Russland, Belarus und der Ukraine, die den Kriegsdienst verweigern oder desertieren.

Ich komme zum Schluss. Hoffnung gibt, dass sich die junge Generation das Thema Krieg und Frieden zu eigen macht. Eine unerwartet hohe Anzahl junger Menschen hat sich für unsere Friedensmentor:innenausbildung angemeldet. Und vorletzten Donnerstag haben 170 000 an den Friedensdemos von Fridays for Future teilgenom-

men. Im Rahmen dessen haben Schüler:innen und Studierende geschrieben: „Wenn wie geplant jedes Jahr mehr als 2 Prozent in die Bundeswehr fließen, sind wir bald der drittgrößte Militärstaat, vor Russland. Wir wollen nicht in einer Welt voller Waffen leben, sondern in einer Zukunft ohne Krieg, Klimakrise, Armut und Hunger.“

In diesem Sinne: Vielen Dank für euren Langmut und die Teilnahme an dieser großartigen Demonstration.

Thomas Carl Schwoerer ist Mitglied im BundessprecherInnenkreis der DFG-VK. Hier veröffentlicht ist der Text laut Manuskript, tatsächlich gehalten wurde die Rede in verkürzter Form wegen der von den OrganisatorInnen vereinbarten Zeitbegrenzungen.

Die Demonstration bzw. Kundgebung in Frankfurt a.M. am 13. März war eine von vier unter demselben Aufruf (<https://stoppt-den-krieg.de>) durchgeführten Veranstaltungen neben Berlin, Leipzig und Stuttgart, an denen 125 000 Menschen teilnahmen.

Bei der Kundgebung in Stuttgart sprach Jürgen Grässlin als Vertreter der DFG-VK vor 35 000 TeilnehmerInnen (<https://bit.ly/3DoFnFW>), in Berlin zwei AktivistInnen der Antimilitaristischen Aktion Berlin (Amab) in der DFG-VK (siehe nächste Seite). <<



„Aufstand statt Aufrüstung“

Rede bei der Kundgebung „Stoppt den Krieg“ am 13. März in Berlin

AktivistInnen der Antimilitaristischen Aktion Berlin (Amab)

Wir sind die Antimilitaristische Aktion Berlin. Wir sind assoziiert in der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsgegner*innen. Wir freuen uns sehr, heute vor so vielen Leuten hier reden zu dürfen. Vielen Dank, dass hier heute auch so Bewegungsstraßenköter und Basishoppel wie wir sprechen dürfen und nicht nur schicke NGOs mit Hauptamtlichen. Danke sehr.

Wir fordern „Aufstand statt Aufrüstung“ und wir wollen ein paar radikale Überlegungen hier einbringen.

Wir verurteilen den Angriff der russischen Armee auf die Ukraine. Es ist empörend, dass immer noch nicht alle Teile der Friedensbewegung diesen Angriff verurteilen.

Doch Aufrüstung ist keine Lösung. Denn Aufrüstung löst heute keine Konflikte in der Ukraine und führt morgen nur zu weiterer Eskalation und Militarisierung.

Entgegen dem Gelabere von der angeblich kaputt gesparten Bundeswehr zeigen die Zahlen, dass der Wehretat in den letzten 20 Jahren bereits mehr als verdoppelt wurde. Wir schmeißen für Waffen längst wieder so viel Geld aus dem Fenster wie zur Zeit des Kalten Krieges.

Hat die Aufrüstung geholfen? Haben sich Putin und seine Hofnarren dadurch von dem Angriff auf die Ukraine abhalten lassen? Nein! Hat es geholfen, die Kriege in Afghanistan oder Mali zu beenden? Nein!

Derweil ist die Bundeswehr fast wöchentlich in den Schlagzeilen, weil sich regelmäßig massenhaft Einzelfälle beim Nazi-sein erwischen lassen. Kein Wunder: Die Bundeswehr wurde von Nazi-Generälen gegründet. Wehrmachtssoldaten prägten bis in die Achtziger die Schlagrichtung der Armee. Mehr Aufrüstung und mehr Soldat*innen bedeuteten vor allem, dass noch mehr Nazi-Prepper noch mehr Waffen klauen, um Leute, die nicht in ihr völkisches Weltbild passen, am Tag X zu erschießen.

Beachtet auch: Genau die Leute, die jetzt am lautesten nach Aufrüstung schreien, erzählen seit über 20 Jahren das Märchen von Putin als lupenreinem Demokraten. Stellt euch vor, die deutschen Gazprom-Fans zum Beispiel in der SPD hätten bereits früher zu ernsthaften gewaltfreien Kampfmiteln gegriffen:

Zum Beispiel im Jahr 2000, als Grosny platt gemacht wurde. Oder 2006 nach dem Mord an Anna Politkowskaja. Oder beim Angriff auf Ge-

orgien, 2008. Oder 2004, 2008, 2012 und 2018 bei den manipulierten Präsidentschaftswahlen. Oder aber 2014 nach der Annexion der Krim. Glaubt ihr, wenn man die wirtschaftlichen Daumenschrauben schon damals angesetzt hätte, müssten wir heute hier demonstrieren? Nein!

Ein zweites gewaltfreies Kampfmittel, das wir viel zu selten einsetzen, sind offene Grenzen. Ja, wir sollten unsere Grenzen einfach öffnen. Es entzieht kriegstreiberischen Autokratien viel Potenzial, wenn die Leute einfach zu uns kommen können, weil ihnen zu Hause was nicht passt. Die Leute dort und anderswo können selber definieren, ob ihre Gesellschaft lebenswert und bleibenswert ist, und können selber entscheiden, wo sie leben wollen.

Wenn wir oder die Gazprom-Fans in der Regierung definieren, was sicher oder lupenrein demokratisch ist, bleiben selbst Länder wie Russland, Afghanistan oder Ägypten auf der Liste sogenannter sicherer Staaten.

Drittens müssen wir selber aufständischer werden. Statt schicke Kampagnen zu machen, die irgendwelche Minimalforderungen stellen, brauchen wir eine Soziale Verteidigung.

Auch das machen uns die Leute in der Ukraine vor. 2014 blockierten sie Truppen, die in den Bürgerkrieg zogen. Heute blockieren sie mit Demos russische Panzer.

Schaut euch eure Nachbarn und Kolleg*innen an: Das sind die Leute, mit denen ihr Invasionen pazifistisch verhindern könnt.

Organisiert euch, organisiert andere. Kleine Schritte, wie der selbstorganisierte autonome Kiezbeirat, sind erste Schritte zur Sozialen Verteidigung gegen die eigene Regierung oder aggressive Invasor*innen.



Wir von der Amab organisieren ein Workshop-Wochenende zu Kreativ-Protest mit Blick auf den Tag der Bundeswehr, um dort gemeinsam mit anderen Gruppen fantasievoll und widerständig protestieren zu können. Damit hoffen wir, unsere Widerständigkeit im Alltag zu erhöhen.

Aber bis dahin brauchen wir Sofortmaßnahmen gegen die Aufrüstung. Wir fordern: Aufrüstung stoppen! Bundeswehr abschaffen! Offene Grenzen jetzt sofort! 500 Milliarden Sofortprogramm für dezentrale erneuerbare Energien und deren gerechte Verteilung, damit niemand frieren muss!

Und die Pipelines Nord Stream 1 und Druschba kappen!

Vielen Dank fürs Zuhören.

Eure Antimilitaristische Aktion Berlin in der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsgegner*innen.



Abrüsten statt Aufrüsten!

Aktion gegen das 100-Milliarden-Euro-„Sondervermögen“ für die Bundeswehr

Mit einer spektakulären Aktion haben Friedensaktivist*innen der DFG-VK, den Naturfreunden, der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und der Antimilitaristischen Aktion Berlin in Berlin gegen das von der Bundesregierung geplante Aufrüstungsprogramm für das Militär protestiert. Hochrüstung als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine führt nur zu weiteren Problemen und löst den Konflikt nicht.

Mehrere Soldat*innen in Tarnuniformen standen Mitte März vor dem „Showroom“ der Bundeswehr in Berlin und wurden von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Finanzminister Christian Lindner (FDP), Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) mit Geldscheinen überschüttet. Auch ein goldenes Gewehr wurde den Soldat*innen überreicht. Dabei zertrampelten die Politiker*innen Modelle einer Schule, eines Krankenhauses und eines Solarparks.

Mit der Straßentheater-Aktion protestierten mehrere Friedensgruppen gegen das von der Bundesregierung geplante 100 Milliarden Euro-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr und das „2-Prozent-Ziel“ der NATO. Die Gelder für die Hochrüstung sollen am 16. März im Kabinett beschlossen werden.

Zu der Aktion erklären die beteiligten Gruppen:

„Der Etat der Bundeswehr ist bereits innerhalb der letzten zehn Jahre von 31,9 Milliarden Euro 2012 auf 50,3 Milliarden Euro im Jahr 2022 gewachsen – ein Plus von 58 Prozent.

Die nun angekündigte weitere massive Aufrüstung ist politisch einfach falsch. Jeder Euro, Dollar oder Rubel, der ins Militär fließt, fehlt im Kampf gegen die eigentlichen Menschheitsprobleme wie die Corona-Pandemie, die Klimakatastrophe oder die Armut“, sagte Elvin Çetin von der DFG-VK.

Yannick Kiesel vom Bundesvorstand der Naturfreunde Deutschlands erklärte: Wir stellen uns „klar gegen die geplante Sonderinvestition in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Deutschland befindet sich weltweit bereits auf Platz 8, wenn es um die eigenen Rüstungsausgaben geht.“ Die Naturfreunde „fordern mehr Geld für unsere Schulen, Krankenhäuser, den Klimaschutz und die Hilfe für Geflüchtete, statt eine weitere sinnlose Aufrüstung voranzutreiben.“

Für die Women’s International League for Peace and Freedom Deutschland äußerte die Ko-Vorsitzende Marieke Fröhlich: „Die zunehmende Militarisierung der deutschen Politik, unter anderem durch die horrenden Summen für eine Aufrüstung der Bundeswehr, stehen im direkten Gegensatz zur proklamierten ‚feministischen Außenpolitik‘. Eine Militarisierung der deutschen (Außen)politik wirkt langfristig Frieden und Gerechtigkeit entgegen, denn militärische Stärke kann weder grundsätzlich die Sicherheit von

Menschen noch die Einhaltung von Menschenrechten garantieren. Im Gegenteil: Militarismus als politische Agenda trägt wesentlich zu Nationalismus und verschränkten Unterdrückungsmechanismen bei. Dies sind Gewaltformen, die sich insbesondere auf schon marginalisierte Personen auswirken – Frauen, von Rassismus betroffene Menschen, LGBTIQ. Machtpolitik und Aufrüstungsspiralen sind unvereinbar mit feministischen Ansätzen, deshalb fordern wir, dass der Fokus auf gendersensible Menschenrechte und die Sicherheit von Menschen gelegt werden muss.“

Jan Hansen von Amab erklärte: „Statt aufzurüsten sollten wir die Bundeswehr abschaffen! Dann könnte man auch die jährlich über 50 Milliarden Euro, die bisher über den Wehretat bei korrupten Firmen wie der Gorch-Fock-Werft oder bei Nazi-preppern landen, einsparen. Und auf der anderen Seite wäre die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen kein Problem mehr.“



Dem Krieg die Menschen entziehen

Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

Von Siglinde Cüppers

Wir sind bei den letzten Mahnwachen gegen den Ukraine-Krieg oft gefragt worden, was man denn tun könne. Daraus ist dann dieser Text entstanden zum Thema Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren.

Denn unabhängig von den unterschiedlichen Analysen zur Entstehung der Konflikte in der Ukraine, die in dem Angriffskrieg der russischen Armee eskalierten, kommt es jetzt darauf an, dem Krieg den Boden und die Menschen zu entziehen. Keine Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet und nicht noch mehr Geld für Kriegswaffen zu verschwenden – das fordern wir von der Regierung; die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren – das müssen wir schon selber leisten.

Für Frieden und Abrüstung einzutreten und sich dem Krieg zu verweigern, ist keine neutrale Position. Es bedeutet, die militärische Sichtweise mit der Rechtfertigung von Krieg und Gewalt abzulehnen und stattdessen für Gewaltfreiheit einzutreten. Wenn der Krieg nicht verhindert worden ist, weil er politisch gewollt war, und wenn die Bilder von Not, Leid, Tod und Zerstörung über die Bildschirme gelangen, dann wird das Geschrei laut, mit

noch mehr Waffen und Soldat*innen den Krieg angeblich schnell zu beenden. Als gerechter Krieg soll er angeblich Frieden bringen. Aber er führt zu weiterer Aufrüstung, noch mehr Toten und noch mehr Leid und Zerstörung und nutzt nur denjenigen, die von Rüstung und Krieg profitieren und ist die Vorbereitung für den nächsten Krieg.

im russischen und ukrainischen Militär sind Wehrpflichtige zwischen 18 und 60 Jahren. In beiden Gesellschaften ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sehr eingeschränkt. Für den Wehrdienst werden die Daten der wehrpflichtigen Männer erfasst, sie werden aufgefordert, sich in Einberufungsbüros zu melden. Dort wird ihnen der Pass abgenommen, statt-



Graphik: Wilfried Forwiel

Den Krieg ablehnen und ihm den Boden entziehen

Als Pazifist*innen stellen wir uns an die Seite der Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen. Es gibt sie immer in allen Kriegen bei jedem Militär, auch jetzt im russischen und ukrainischen Militär.

Der größte Teil der Soldat*innen

dessen erhalten sie einen Wehrpass. Sie dürfen das Land nicht mehr verlassen. Viele von ihnen wollen sich am Krieg nicht beteiligen, haben aber oft keine andere Wahl. Wenn sie versuchen, sich der Einberufung zu entziehen, werden sie zwangsrekrutiert. Das bedeutet, die Wehrpflichtigen werden am Arbeitsplatz, aus ihren Wohnungen und von der Straße geholt und zwangsweise in die Kasernen verbracht. Oft wissen die Angehörigen nicht, wo sie geblieben sind. Familien werden getrennt. Seit dem 4. März findet die Mobilmachung in Weißrussland statt. Auch hier gibt es Wehr-



Foto: Ralf Cüppers

pflicht und wehrpflichtige Männer zwischen 18 und 60 Jahren werden massenweise einberufen zur Unterstützung der russischen Armee. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt es nicht. Wenn sie der Einberufung nicht folgen werden auch die weißrussischen Männer zwangsrekrutiert.

Zwangsrekrutierungen sind nach der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen eine massive Menschenrechtsverletzung.

Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

In der Ukraine gibt es die Ukrainische Pazifistische Bewegung, die sich für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine einsetzt und Kriegsdienstverweigerer unterstützt.

In Russland gibt es die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung in Russland.

Wir können an unseren Wohnorten, bei Infoständen, Mahnwachen und Kundgebungen diese Organisationen bekannt machen. Wir können Mitbürger*innen, die aus der Ukraine, Russland, Belarus kommen darauf hinweisen, dass sie diese Bewegungen in ihren Herkunftsländern bei Bekannten, Verwandten und Freunden, die dort leben bekannt machen, damit darüber Kriegsdienstverweigerer und Deserteure Unterstützung bekommen.

Wir können sie bitten, Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren dabei zu helfen, dem Militär zu entkommen, und ihnen unsere Hilfe anbieten.

Offene Grenzen für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer

Wir müssen offen für Kriegsdienstverweigerung und Desertion von allen Armeen und Kampfverbänden eintreten und dafür werben, dass die Grenzen für sie geöffnet werden und sie vor erneuter Einberufung und Verfolgung sicher sind.

Recht auf politisches Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

Kriegsdienstverweigerung und Desertion muss endlich als eigenständiger

Grund für politisches Asyl anerkannt werden. Wer glaubwürdig Kriegseinsätze beenden will, ermöglicht Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren Unterstützung und Zuflucht.

Kriegsdienstverweigerung auch hier!

Wir rufen die Soldat*innen der Bundeswehr auf, jetzt den Kriegs-

dienst zu verweigern. Wenn sie den Befehl für einen Kriegseinsatz in der Ukraine befehlen, müssten sie den Antrag auf Kriegsdienstverweigerung im Kriegseinsatz stellen, und das ist dann nicht so einfach.

Siglinde Cüppers ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Flensburg. <<

Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern, Anti-Kriegs-Aktivist*innen und Zivilisten auf allen Seiten des Krieges

Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (Ebco) drückt seinen Respekt und seine Solidarität mit allen mutigen Kriegsdienstverweigerern, Kriegsgegnern und Zivilisten aller Kriegsparteien aus und fordert Europa auf, ihnen konkrete Unterstützung zukommen zu lassen:

- Europa sollte aufhören, den Krieg direkt oder indirekt anzuhetzen, und sich auf Diplomatie, Konfliktprävention und gewaltfreie Konfliktlösung konzentrieren. Als Bewegung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen beklagen wir die vorbereitenden Handlungen in Friedenszeiten, die den Krieg ermöglichen: die Entwicklung, die Produktion und den Handel mit Waffen – einschließlich Atomwaffen – und die Ausbildung von Soldaten. In dieser Zeit sollten alle europäischen Länder ihre Grenzen öffnen und allen ukrainischen, russischen, weißrussischen und anderen Flüchtlingen den Flüchtlingsstatus gewähren, einschließlich, aber nicht nur, der Kriegsgegner und Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, sowohl Zivilisten als auch Soldaten, die den Dienst in den Streitkräften verweigern oder desertieren. Alle Flüchtlinge sollten uneingeschränkter Zugang zu Gesundheit, Wohnraum, Bildung und Beschäftigung erhalten. Die europäischen Universitäten sollten beispielsweise russische und ukrainische Studenten aufnehmen, die vor dem Krieg fliehen wollen, damit sie ihr Studium in Europa fortsetzen können.
- Russland und die Ukraine sollten al-

len Zivilisten, die aus den Konfliktgebieten fliehen, Zugang zu sicheren humanitären Korridoren gewähren und sich strikt an das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsbestimmungen halten, einschließlich des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.



- Russland sollte alle militärischen Operationen einstellen und alle russischen Truppen aus der Ukraine abziehen. Die Zivilbevölkerung stirbt, und die russischen Truppen begehen Kriegsverbrechen. Russland sollte auch das harte Durchgreifen gegen unabhängigen Journalismus, Antikriegsproteste und Andersdenkende in Russland beenden.

- Die Ukraine sollte die Ausreisebeschränkung für alle männlichen Bürger zwischen 18 und 60 Jahren aufheben, die für die Zeit des Kriegsrechts verhängt wurde. Diese diskriminierende und rechtswidrige Beschränkung ist ein eklatanter Verstoß gegen das Recht auf Freizügigkeit.

„Ebco verurteilt die russische Invasion in der Ukraine sowie die Nato-Osterweiterung aufs Schärfste. Ebco fordert die Soldaten auf, sich nicht an den Feindseligkeiten zu beteiligen und ruft alle Rekruten auf, den Militärdienst zu verweigern“, erklärte Alexia Tsouni, die Präsidentin des *European Bureau for Conscientious Objection*, am 15. März.

Global betrachtet

Pazifismus und Kriegsdienstverweigerung in kriegerischen Zeiten

Von David Scheuing

Es ist geschehen, was viele Pazifist*innen zu verhindern suchten: Erneut herrscht Krieg in der Ukraine, erneut ein Krieg in Europa. Der Wille zur Erklärung, zur Ursachensuche, auch zur Selbstreflexion ist allseits groß, trotz all des Kriegsgetöses, der dramatisch vertieften Militarisierung der Öffentlichkeit, der Außenpolitik, der „Friedens“politik.

Auch international beschäftigt der Angriffskrieg auf die Ukraine viele Aktivist*innen – von Einschätzungen des lateinamerikanischen Netzwerk *Red Antimilitarista de América Latina y el Caribe (Ramalc)* über Solidarität aus den USA bis hin zu ukrainischen Aktivist*innen selbst.

Ich versuche mich an einer kleinen Darstellung der diversen Stellungnahmen, Positionen und Einschätzungen weltweit.

Vorahnungen, Kriegsgetrommel, Warnungen. In den Tagen vor Beginn der russischen Offensive hatte die *Ukrainische Pazifistische Bewegung (UPM)* noch dazu aufgerufen, dass beide Seiten sich dringend um die Beilegung der Spannungen bemühen sollten (19. Februar; <https://bit.ly/3JX12Jh>).

Die Analysen weiter Teile der europäischen und internationalen Pazifist*innen sahen die gegenseitige Eskalationsdynamik und die drohende Gefahr eines nuklearen Krieges deutlich – seit Jahresbeginn wuchs von Woche zu Woche die Anzahl der Statements, Forderungen und Positionspapiere, das Blätterrauschen war gewaltig. Stellvertretend dafür nur die gemeinsame Stellungnahme der *War Resisters' International (WRI)* vom 10. Februar: <https://bit.ly/3LhWJHs>. In ihr drückt dieses größte Netzwerk der Pazifist*innen seine Verurteilung der

Kriegsvorbereitungen der Nato und Russlands aus, „die derzeit militärische Reaktionen auf die aktuelle politische Krise in der Ukraine erwägen. Wenn ein Krieg ausbricht, wird er Tod, Zerstörung, Leid, Massenflucht, eine Wirtschaftskrise und viele andere Folgen mit sich bringen.“

Die praktischen Konsequenzen dieser Vorahnungen lassen sich nun betrachten.

Prompte Reaktionen. In den frühen Morgenstunden des 24. Februar begann mein Mobiltelefon zu vibrieren – eine E-Mail folgte der nächsten.

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) hatte ein erstes vorläufiges Statement verfasst, der erste dringende Appell der UPM wurde in viele weitere Sprachen übersetzt (auf Deutsch bei der DFG-VK Hessen: <https://bit.ly/3tQ5H8T>), ein erstes Statement der WRI erschien (<https://bit.ly/3uxySfW>). Viele weitere Statements sollten diesen ersten Reaktionen bis in die Abendstunden des ersten Tages folgen; diese sind auch über die Homepage der WRI zu finden.

Hier stellvertretend ein Auszug aus dem Statement des lateinamerikanisch-karibischen Netzwerks Ramalc: „Wir lehnen die zwischenimperialistischen Bestrebungen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO) und der Nato ab, das ukrainische Territorium in ein Laboratorium für Zerstörung und Krieg zu verwandeln, und wehren uns dagegen. Wir lehnen die Massenrekrutierung junger Menschen ab, die gegen ihren Willen zur Teilnahme am Krieg gezwungen werden.“ (<https://bit.ly/3IPHG6g>), auch aus der russischen Zivilgesellschaft.

Aktivist*innen haben eine beeindruckende Liste der unterschiedlichen Stellungnahmen veröffentlicht, die wirklich zur Lektüre zu empfeh-

David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International (WRI), dem



internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig aus der WRI, um den *CivilCourage*-LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist erreichbar unter scheuing@dfg-vk.de

len sind – leider über ein Google-Doc: <https://bit.ly/3tSnnk4>

Mittlerweile existieren eine ganze Reihe an Sammlungen diverser Stellungnahmen, hier sei auf die Liste des BSV verwiesen: <https://bit.ly/3JUOC35>

Ziviler Ungehorsam, Soziale Verteidigung und Kriegsdienstverweigerung. Herausgefordert von der Realität eines konkreten Krieges stellte die erschrockene Öffentlichkeit in den kommenden Tagen und Wochen an viele Pazifist*innen die immer wieder gleichen Fragen: Wie könnt ihr Pazifist*innen sein angesichts des Schreckens und der Gewalt? Wie würdet ihr denn den Krieg beenden?

Sicherlich haben viele irgendwo zwischen introspektiver Reflexion und aufrechter Haltung die Mittel, Wege und Ziele der Sozialen Verteidigung ins Spiel gebracht (viele gelebte Bei-

spiele davon auf den Seiten des BSV: <https://bit.ly/3LrODfg>) und sich mit denen solidarisch erklärt, die dem Kriege gewaltfrei widerstehen.

Ganz in diesem Sinne die jüngste Erklärung der WRI „in Solidarität mit all denen, die dem Krieg gewaltfrei widerstehen“ (<https://bit.ly/3NAA8Yo>; auf Deutsch bei Connection e.V.: <https://bit.ly/3JSEnMt>).

Berichte über erste „polizeiliche“ Gängelungen, Festsetzungen u.a. von Aktivist*innen in den besetzten Teilen der Ukraine, auf die ebenso schnell wieder die Freilassungen erfolgten, lassen hoffen, dass dies auch als Stärke der internationalen Vernetzung und dringlicher Alarmaktionen gesehen werden kann, müssen aber vor allem kritisch beobachtet und begleitet werden. Die Beschneidung der Rechte der Zivilgesellschaft durch die Handlungsuntersagung von bestimmten Parteien und die totale Mobilmachung bei gleichzeitig nicht nutzbaren Rechten auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine müssen ebenso unsere Kritik finden.

Zudem sind die Aufrufe zur Desertion an alle beteiligten Soldat*innen unumgänglich – alles Kernaufgaben und Kernforderungen der DFG-VK. Connection e.V. ruft im Bündnis mit Pro Asyl nun die Bundesregierung auf, hier endlich klare Asylschutzgründe zu etablieren und Asyl zu gewähren (siehe: <https://bit.ly/3JSncLv>).

Einen knappen Überblick über die derzeit geltende rechtliche Lage bietet Pro Asyl: <https://bit.ly/3LlvRAL>

Jenseits des direkten Krieges.

Die Auswirkungen des Sanktionsregimes (bzw. der unterschiedlichen Regime) sind deutlich zu spüren, und die panischen Diversifizierungsversuche der verschiedenen europäischen Regierungen deuten schon auf die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und diplomatischen Folgen hin, die mit ihnen einhergehen werden.

Beim *Internationalen Friedensbüro (IPB)* begann vor Kurzem eine Veranstaltungsreihe der Arbeitsgruppe zu Afrika, die sich mit den Auswir-

kungen des Krieges auf den afrikanischen Kontinent beschäftigt. Beim ersten Webinar am 14. März sprachen die Teilnehmenden über die zu erwartenden Auswirkungen im laufenden Jahr und die daraus erwachsenden Instabilitäten, wie beispielsweise den Auswirkungen auf die Agrarmärkte: „Zweifellos rückt diese Situation die Sorge um die Ernährungssicherheit in Afrika in den Vordergrund, das in der Vergangenheit viele Ernährungskrisen erlebt hat“.

Doch der Krieg betrifft viele weitere Dimensionen des Alltags, daher ist der Bericht sehr lesenswert: <https://bit.ly/3tP5RgB>

Kurz notiert:

Europa: *Enaat*, das europäische Netzwerk gegen Waffenhandel, hat Mitte März in Kooperation mit dem *Transnational Institute TNI* eine größere Studie zum „Neuen Wettrüsten“ der EU veröffentlicht. Der Bericht fasst die größeren Entwicklungen der Militarisierungsbemühungen der EU zusammen und expliziert die Folgen an drei konkreten Fallbeispielen (Irland, Frankreich, Niederlande).

Gerade diese drei, für deutschsprachige Leser*innen eher ungewohnten Beispiele eignen sich sehr gut für ein besseres Verständnis der immer weiter ausgreifenden Militarisierungstendenzen der EU. (enaat.org)

Global: Unter den Schatten des Krieges sollte nicht vergessen werden, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auch an vielen anderen Orten dieser Erde dramatisch eingeschränkt ist.

Alljährlich erinnert die WRI mit einer Liste aller ihr bekannten verknasteten KDVler*innen an dieses Unrecht. Die Liste ist einsehbar und soll dazu animieren, sich für diese Menschen einzusetzen – in Wort (durch Briefeschreiben, Appelle unterzeichnen u.a.) und Tat (durch aktive Arbeit für die Rechte der KDVler*innen).

Die aktuelle Liste findet sich hier: <https://bit.ly/3r9gV6T> <<

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2022 im 49. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: *ZivilCourage* – Magazin der DFG-VK, Hornbergstr. 100, 70188 Stuttgart, Tel. 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zivilcourage.dfg-vk.de
Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnieur schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 2. April. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 1. Juni 2022.

Die Option aktiven zivilen Widerstands

Überlegungen zu nichtmilitärischer Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg
Von Mitgliedern des Koordinierungskreises der Initiative „Sicherheit neu denken“

Am 14. März 2022 leistete eine Mitarbeiterin des russischen Staatsfernsehens auf äußerst mutige und wirksame Weise zivilen Widerstand gegen den von Lügen in den staatlich kontrollierten Medien getragenen Krieg von Präsident Putin in der Ukraine, indem sie mit lauten Rufen und einem Plakat gegen den Ukrainekrieg für die Unterbrechung der Hauptnachrichtensendung sorgte.

Ein eindrucksvolles Beispiel, welcher wirksamer ziviler Widerstand durch mutige Zivilcourage möglich ist. Wenn solche Aktionen flächendeckend flexibel und professionell koordiniert sind, sind sie nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ebenso wirksam wie gewaltvoller Widerstand.

Wir sehen in diesen Tagen auch Bilder zivilen gewaltfreien Widerstands in der Ukraine. Unbewaffnete Menschen stellen sich Panzern und anderen Militärfahrzeugen entgegen und versetzen richtungsweisende Straßenschilder.

Es kursieren Videos von Ukrainern, die russischen Soldaten, die ohne Benzin gestrandet sind, anbieten, sie nach Moskau abzuschleppen, und Bil-

der von russischen Deserteuren, die mit Tee und Jubel empfangen werden.

Eine repräsentative landesweite Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) aus dem Jahr 2015 zur Option des aktiven zivilen Widerstands als möglicher Reaktion zeigt die damaligen Präferenzen der Ukrainer für den Widerstand im Falle einer ausländischen bewaffneten Invasion und Besetzung ihres Landes.

Die Umfrage fand kurz nach der Euromaidan-Revolution und der Einnahme der Krim sowie der Unterstützung der Separatisten in der Donbass-Region durch russische Truppen statt, als man erwarten konnte, dass die ukrainische Öffentlichkeit die Verteidigung des Mutterlandes mit Waffengewalt befürworten würde.

Die Ergebnisse zeigten jedoch eine überraschend starke Unterstützung für eine Alternative zur bewaffneten Verteidigung: die aktive gewaltfreie Verteidigung unter ziviler Führung.

Die Umfrage ergab, dass die beliebteste Widerstandsform unter den Ukrainern der gewaltlose Widerstand war: 29 Prozent unterstützten diese Handlungsoption im Falle einer bewaffneten ausländischen Aggression

und 26 Prozent im Falle einer Besetzung.

Diese Ergebnisse stimmen interessanterweise eng mit der historischen Bilanz der Kämpfe gegen Besatzer überein:

Wissenschaftliche Daten zu mehreren hundert Protestbewegungen des 20. Jahrhunderts mit maximalen Zielen (Ende einer Besetzung, Unabhängigkeit eines Territoriums oder Wechsel des Machthabers) zeigen, dass aktiver gewaltfreier Widerstand gegen militärische Besetzungen genauso oft vollen Erfolg verzeichnen wie gewaltsamer Widerstand.

Die Teilerfolgsquote gewaltfreien Widerstands ist sogar viermal so hoch wie bei gewaltsamem Widerstand, dessen Misserfolgsquote doppelt so hoch ist.

Bewaffnete Widerstände dauern im Durchschnitt dreimal so lange wie ihre gewaltlosen Pendanten, sind mit enormen menschlichen und infrastrukturellen Kosten für die Bevölkerung verbunden und zerstören oder traumatisieren regelmäßig die Zivilgesellschaft.

Im Gegensatz dazu kann aktiver gewaltloser Widerstand historisch gesehen viel schneller zum Erfolg führen als der bewaffnete Kampf; selbst bei einem Scheitern des gewaltlosen Widerstands bleibt die Struktur der Zivilgesellschaft effektiver erhalten, um den Kampf an einem anderen Tag wieder aufzunehmen.

Zudem bewahrt aktiver gewaltfreier Widerstand erheblich nachhaltiger die persönliche Integrität der Beteiligten, die durch gewaltsamen Widerstand erheblich gefährdet ist.

Der Studie zufolge tragen folgende drei Faktoren entscheidend zu diesem Erfolgspotenzial gewaltfreien Widerstands bei:



Marina Owsjannikowa protestiert in einer russischen TV-Nachrichtensendung gegen den Krieg

1. Breite Beteiligung diverser Gruppen,
2. Wechselnde Taktiken, die Druck aufbauen und gleichzeitig Repressionen minimieren,
3. Loyalitätsverschiebungen innerhalb wichtiger Säulen der Macht des Gegners.

Die Ukrainer wurden auch gebeten, bestimmte Arten von bewaffneten und gewaltfreien Widerstandsaktionen zu wählen, denen sie sich anschließen oder die sie selbst durchführen würden. Deutliche Mehrheiten entschieden sich für verschiedene gewaltfreie Widerstandsmethoden – von symbolischen über störende bis hin zu konstruktiven Widerstandsaktionen gegen einen Besatzer – und nicht für gewaltsame aufständische Aktionen. Im Wesentlichen zeigten die Ergebnisse, dass das Humankapital der Ukrainer für die zivile gewaltfreie Verteidigung mehr als dreimal so groß war wie das für den bewaffneten Widerstand.

Erfolgreiche Anti-Besatzungskämpfe waren schon immer ein gesamt nationales Unterfangen. Unbewaffneter Widerstand hat ein größeres Mobilisierungspotenzial für eine ganze Gesellschaft, die sich an verschiedenen Aktionen des Trotzes und der Nichtkooperation beteiligen kann als bewaffneter Widerstand.

Anders als vielfach behauptet ist das Ziel gewaltfreien Widerstands nicht, das Mitgefühl von Diktatoren zu wecken oder Unterdrücker zur Umkehr zu bewegen. Aktiver gewaltfreier Widerstand zielt vielmehr darauf ab, die Macht des Gegners zu schwächen, sodass dieser keinen Schaden mehr anrichten kann.

Dazu analysiert man, auf welchen Säulen seine Macht ruht, identifiziert Schwachstellen und entwickelt Strategien, um diese auszunutzen und bestimmte Säulen zum Einsturz zu bringen. Aktiver gewaltfreier Widerstand versucht gezielt, Zugang zu Ressourcen zu begrenzen, interne Konflikte zu verschärfen oder einzelne Gruppen zur offenen oder verdeckten Non-Kooperation zu bewegen.

Die Ukrainer zeigen ein überraschendes Maß an Unterstützung für die Art von Widerstand, die weder die ukrainischen Politiker noch ihre westlichen Unterstützer in ihrer Verteidigungsplanung in Betracht gezogen haben: gewaltlose Massenwiderstandsaktionen gegen einen gewaltigen militärischen Angreifer.

Die Art und Weise, wie die Ukrainer ihr Land gegen einen militärisch stärkeren Gegner verteidigen, wird über die Zukunft der Ukraine entscheiden, auch über das Überleben der Demokratie. Ein langwieriger bewaffneter Kampf privilegiert oft einen starken Mann zum Nachteil einer demokratischen Entwicklung.

Heutzutage gibt es interessanterweise in den baltischen Staaten Bemühungen, eine umfassende gewaltfreie zivile Verteidigung zu integrieren. Dies wird in den spezifischen Empfehlungen für gewaltfreie Verteidigungsstrategien hervorgehoben, die von einer angesehenen US-amerikanischen Denkfabrik für Sicherheit vorgelegt wurden.

Litauen hat bei diesen Umsetzungsmaßnahmen eine Vorreiterrolle eingenommen, als die Regierung 2016 eine neue Militärstrategie für „zuverlässige Abschreckung“ verabschiedete, „die die Vorbereitung der Bürger auf den unbewaffneten aktiven zivilen Widerstand [erfordert], [einschließlich] der Förderung ihres Willens und ihrer Widerstandsfähigkeit gegenüber Informationsangriffen sowie ihrer Fähigkeit, sich an einem totalen Widerstand ... der ganzen Nation zu beteiligen“.

Das litauische Verteidigungsministerium hat zwei Handbücher über die „Formen und Grundsätze des zivilen Widerstands“ im Rahmen der Landesverteidigung herausgegeben.

Machthaber wie Präsident Putin fürchten am meisten die Vielfalt der demokratischen Zivilgesellschaft. Was von Militärinterventionen abschrecken kann, ist eine resiliente, demokratie- und widerstandserfahrene Gesellschaft und die Unterbrechung der sie stützenden Gehorsamsketten.

Dieser Text ist entnommen der als PDF veröffentlichten „Impulse für zivile Lösungswege“. Der vollständige, 46-seitige Text ist im Internet verfügbar unter: <https://bit.ly/36K3lj3>

Verfasst wurde die Broschüre von diesen Mitgliedern des Koordinierungskreises der Initiative „Sicherheit neu denken“: Ralf Becker, Gerd Bauz, Elisabeth Freise, Eberhard Müller, Helmut Müller, Thomas Carl Schwoerer, Theodor Ziegler und Andreas Zumach. (Die Hälfte dieser AutorInnen sind Mitglied in der DFG-VK.)



Inhaltsübersicht:

- Vorwort • Zusammenfassung • Präsident Putin mit entschlossener Klarheit und Konsequenz und mit Signalen zur Deeskalation begegnen
- Forderung nach sofortiger Beendigung des durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieges durch Russland • Wertschätzung für die langjährigen diplomatischen Bemühungen • Der Krieg in der Ukraine: Auch Folge mangelnder Konfliktsensibilität? • Deutschland und die USA haben 1990 die Nicht-Erweiterung der NATO nach Osten mündlich zugesagt • Fokus Deeskalation der Gewaltspirale • Perspektive Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung • Fokus Aufnahme von Flüchtenden – „Zeitenwende“ – Haushaltsberatungen – Atomwaffenverbotsvertrag – Klimakrise

Verhandlungsbereitschaft herstellen

Zielgerichtete Sanktionen als Teil einer friedenspolitischen Gesamtstrategie

Von Kathrin Vogler

Der Pazifismus gerät jedes Mal in die Defensive, wenn ein Staat einen anderen angreift und der angegriffene sich militärisch verteidigt. Dann heißt es sofort, die Pazifist*innen seien die „fünfte Kolonne“ des Angreifers, sie verweigerten den Angegriffenen Hilfe und Solidarität und hätten nichts zur Konfliktlösung beizutragen, weil es jetzt zunächst und vor allem darauf ankäme, Stärke zu zeigen – und dafür benötige man eben Militär. Und zwar richtig viel Militär.

So begründet auch Bundeskanzler Scholz seine gigantischen Aufrüstungspläne für die Bundeswehr: 100 Milliarden zusätzliche Kreditaufnahme und ein Rüstungsbudget von mehr als 2 Prozent der Wirtschaftsleistung – das bedeutet eine erneute Erhöhung des Rüstungshaushalts um mindestens 50 Prozent.

Wie stoppt man einen Angriffskrieg, wenn man den Angegriffenen keine Waffen liefern und nicht selbst militärisch eingreifen will? Wie setzt man durch, dass das Schießen aufhört und wieder an diplomatischen Lösungen gearbeitet wird? Ist es in dieser Situation geboten, die Bundeswehr „kriegsbereit und siegesfähig“ zu machen, wie das der Heeresinspekteur Mais gefordert hat?

Abgesehen davon, dass die Bundeswehr mit jährlich über 50 Milliarden Euro beileibe nicht unterfinanziert war, ist eine weitere Aufrüstung genau das Gegenteil von dem, was gebraucht wird. Die Truppen an der Nato-Ostgrenze, die gigantischen Militärmanöver in Ost- und Nordeuropa und das Festhalten an der nuklearen Teilhabe haben Putin nicht davon abhalten können, die Ukraine zu überfallen. Das Dilemma liegt auf der Hand: Russland ist der Nato militärisch weit unterlegen. Deswegen wäre es bei ei-

nem Kriegseintritt von Nato-Staaten höchst wahrscheinlich, dass eher früher als später Atomwaffen eingesetzt werden. Putin hat bereits früh seine eigene Atommacht in Bereitschaft versetzt und Manöver mit Atom-U-Booten und nuklearen Trägersystemen in der Arktis und Sibirien abgehalten. Für Atomkrieg gilt noch immer: Er kennt keine Sieger.

Der UN-Sicherheitsrat als dasjenige Gremium, das verpflichtet ist, Gefährdungen des Friedens entgegenzutreten, ist durch das Vetorecht seiner ständigen Mitglieder handlungsunfähig, sobald die Interessen eines der Atomwaffenstaaten betroffen sind. Wie kann man dann dem Völkerrecht Geltung verschaffen, wenn die legitime Instanz zur Durchsetzung von Völkerrecht außer Funktion gesetzt ist und eine Ausweitung des Krieges vermieden werden soll?

Ich bin inzwischen überzeugt, dass insbesondere dann, wenn die Friedensgefährdung von einem der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats ausgeht, Wirtschafts- und Finanzsanktionen das einzige Mittel zur Herstellung von Verhandlungsbereitschaft sind. Wenn man nicht militärisch eingreifen will und auch nicht Waffen an den angegriffenen Staat liefern will, dann muss es nichtmilitärische Instrumente geben, um die Verhandlungsbereitschaft herzustellen und die Wiederherstellung des Rechts durchzusetzen – auch um zu verhindern, dass derartige Rechtsbrüche zum Gewohnheitsrecht werden.

Dagegen wird häufig argumentiert, dass Finanz- und Wirtschaftssanktionen überwiegend die normale Bevölkerung treffen und nicht selten zu schweren volkswirtschaftlichen Schäden führen – nicht nur bei dem sanktionierten Staat. Oft wird der Irak als abschreckendes Beispiel angeführt,

in dem ein umfassendes Wirtschaftsembargo zu massenhaftem Sterben führte, ohne dass die Herrschenden real unter Druck gerieten.

Diese Argumente treffen aber nur dann zu, wenn Sanktionen sehr allgemein verhängt werden, statt sich gezielt gegen die Eliten und die Kriegswirtschaft zu richten. Dabei gibt es allerdings ein klitzekleines Problem, und das sind unsere eigenen Eliten, die wenig Interesse daran haben, Transparenz über Eigentumsverhältnisse herzustellen. So gibt es in Deutschland noch immer kein Immobilienregister, das klären könnte, ob eine Villa im Grunewald einer Person aus Putins Umfeld gehört oder jemand anderem. Die Grundbücher helfen hier nur bedingt, denn einerseits werden sie in den Kommunen geführt und nirgendwo zentral gebündelt und andererseits ist es möglich, über Strohleute und Firmenkonglomerate die eigentlichen Eigentumsverhältnisse zu verschleiern. Weil diese gezielten Sanktionen von den Eigeninteressen westlicher Kapitalbesitzer gebremst werden, werden stattdessen Künstler*innen, Forschende und Sportler*innen sanktioniert und damit die letzten zivilgesellschaftlichen Brücken nach Russland gekappt. Dabei wäre es gerade jetzt notwendig, alle existierenden Kanäle in die russische Gesellschaft zu nutzen, um der Kriegspropaganda entgegenzutreten, denn letzten Endes gibt es nur eine Kraft, die Putin aufhalten kann: die eigene Bevölkerung. Die Proteste gegen den Krieg sind noch viel zu schwach, und ein Großteil der Bevölkerung glaubt die Lüge von einer „Spezialoperation“ zur „Entnazifizierung“ der Ukraine.

Was aber allen derzeit verhängten und diskutierten Sanktionen fehlt, ist die Einbettung in eine friedenspolitische Gesamtstrategie und ein Exit-

Plan, der klar macht, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um welche konkrete Sanktion wieder aufzuheben.

Besonders absurd wird die Sanktionspolitik dort, wo es lediglich um die Verschiebung von Handelsbeziehungen von einem autokratischen und Krieg führenden Staat in einen anderen geht. Wenn wir demnächst Öl und Gas statt aus Russland aus Sau-

di-Arabien, Katar und den Emiraten beziehen, dann finanzieren wir beim Heizen vielleicht nicht mehr den Krieg gegen die Ukraine, sondern den im Jemen, laut Uno die „größte humanitäre Katastrophe nach dem Zweiten Weltkrieg“. Auch das macht wieder deutlich, dass es am Ende doch nicht um Demokratie und Menschenrechte geht, sondern um knallharte wirtschaftliche und politische Interessen.

Kathrin Vogler ist seit 1979 Mitglied der DFG-VK und hatte viele, auch hauptamtliche, Funktionen im Verband inne, z.B. im Bundesvorstand. Von 2002 bis 2009 war sie Geschäftsführerin des Bundes für Soziale Verteidigung, in dem auch die DFG-VK als Organisation Mitglied ist. Seit 2009 ist sie Bundestagsabgeordnete für die Partei Die Linke.



„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Seit Ende 2015 bin ich beim DFG-VK-Bundesverband angestellt – zunächst als stellvertretender und ab Ende 2017 als „richtiger“ politischer Geschäftsführer. In dieser Zeit gab es einen versuchten Militärputsch in der Türkei, den Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan, Angriffe des türkischen Präsidenten Erdogan auf die Kurd*innen in Nordsyrien, ein atomares Säbelrasseln zwischen Nordkorea und den USA, die Auflösung des INF-Vertrags und des Iran-Atomabkommens, die Bundeswehr-Einsätze im Mittelmeer, in Mali, im Kosovo und in Afghanistan und vieles mehr.

Doch so dramatisch wie seit dem 24. Februar war die sicherheitspoli-

tische Lage in meiner DFG-VK-Zeit noch nie: Der russische Einmarsch in die Ukraine mit Zehntausenden Toten und Millionen Flüchtlingen wird oftmals als „Zeitenwende“ bezeichnet. Tatsächlich ist es eine Wende 70 Jahre in die Vergangenheit – es wird wieder eine Mauer zwischen Ost und West aufgebaut und sich gegeneinander hochgerüstet. Selbst der Einsatz von Atomwaffen scheint nicht mehr vollkommen unrealistisch.

Und einige Kommentator*innen fragen in den deutschen Medien öffentlich: Ist der Pazifismus gescheitert? Sind Positionen der „Friedensbewegung“ wie etwa die, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern, überholt?

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de



Und wir werden gerade oft mit der Frage konfrontiert, wie wir den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine sowie zwischen Russland und der Nato lösen wollen. Der Druck auf uns ist dabei hoch. Doch sind unsere Positionen wirklich so fraglich?

NEIN ZUM KRIEG!

Нет войне! NO TO WAR! Ні війні!

DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT · VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN WWW.DFG-VK.DE

23. DFG-VK- Bundeskongress

**DEFUND VIOLENCE!
DER GEWALT
DIE MITTEL ENTZIEHEN.**

**20.-22. Mai 2022
Duisburg**

**Anmeldung, Programm,
Tagesordnung und alle
weiteren Informationen:**

buko2022.dfg-vk.de/

**DEFUND VIOLENCE!
DER GEWALT DIE MITTEL ENTZIEHEN.
23. DFG-VK BUNDESKONGRESS
20. - 22. MAI 2022
DUISBURG**



Nein! Wir können nichts für die aktuelle Situation. Im Gegenteil: Hätte man auf uns gehört – etwa auf unseren Ruf gegen die Osterweiterung der Nato und für eine gemeinsame Sicherheit mit Russland –, wäre der Krieg wohl gar nicht entstanden. Hätten sich auch die Atommächte am UN-Atomwaffenverbotsvertrag beteiligt – wie von uns gefordert – wäre die Gefahr eines Atomkriegs heute wohl geringer. Und wären deutsche Exporte für Waffen stärker eingeschränkt worden, würden russische Militärfahrzeuge heute nicht mit Teilen von „Bosch“ durch die Ukraine fahren können.

Unsere Positionen waren und sind richtig. So auch die, keine Waffen in das Kriegsgebiet zu liefern, aber alle Flüchtenden und insbesondere Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen aller beteiligten Staaten aufzunehmen und ihnen Schutz zu gewähren.

Ein Beispiel wozu die von westlichen Staaten an die Ukraine gelieferten „Stinger“-Flugabwehrraketen geführt haben: Die Raketen haben eine Reichweite von 4,8 Kilometern. Um diesen zu entgehen fliegen russische Kampffjets daher höher – ihre Angriffe werden dadurch ungenauer und treffen nicht mehr nur militärische, sondern vermehrt auch zivile Ziele. Auch wenn unsere Forderung natürlich lautet, jede Kampfhandlung sofort einzustellen, so zeigt das Beispiel doch, wie verkürzt auch bei Waffenlieferungen gedacht wird. Es gibt für diesen Konflikt, der über den reinen Krieg hinausgeht, leider keine schnelle Lösung. Und je länger der Krieg dauert, desto mehr Blut wird fließen, desto mehr Städte werden zerstört und desto tiefer werden die Gräben zwischen den Konfliktparteien werden.

Und auch, wenn uns Politiker*innen und Medien Druck machen: Wir haben schon immer vor einer Eskalation gewarnt und alles in unserer Macht Stehende dafür getan, sie abzuwenden. „NEIN ZUM KRIEG“ stand – auf Russisch, Englisch und Ukrainisch – bereits am 9. Februar bei einer Aktion befreundeter Friedensgruppen und

uns auf einem Transparent, welches wir auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor in Berlin ausgebreitet hatten. Wir haben „Diplomatie statt Militärmanöver“ gefordert. Niemand hörte uns zu – auch die Medien griffen die Fotos der Aktion nicht auf. Aber das ist ein anderes Thema. Und es gäbe hier ohnehin noch so viel mehr zu schreiben über den Krieg und was daraus folgt. Doch der Platz ist knapp und meine Zeit gerade auch.

Es war in den letzten Wochen und Monaten enorm viel zu tun: Mit Pressemitteilungen und Stellungnahmen haben wir zuletzt immer sehr schnell auf die aktuellen Vorkommnisse reagiert. Auch auf Social-Media-Plattformen werben wir immer aktuell für unsere friedenspolitischen Positionen (allein über Facebook haben wir im Februar und März über 130000 Menschen erreicht). Wir haben die Großkundgebung am 27. Februar in Berlin mit einer halben Million Menschen mitorganisiert und auch die Antikriegs-Demonstrationen am 13. März in Berlin, Frankfurt, Stuttgart und Leipzig mit über einhunderttausend Teilnehmer*innen – in drei Städten standen auch DFG-VK Aktive auf den Bühnen und haben unsere Positionen in Reden vertreten. Auch gegen das 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ für die Bundeswehr haben wir kurzfristig eine Aktion in Berlin organisiert (Videos dieser und vieler anderer unserer Aktionen gibt es auf: www.youtube.com/dfgvk). Daneben erstelle ich gerade zahlreiche Materialien zum Ukraine-Krieg, damit Gruppen für ihre Friedenaktionen mit passenden Transparenten, Flyern, Plakaten, usw. versorgt sind – im DFG-VK-Shop (www.shop.dfg-vk.de) laufen gerade extrem viele Bestellungen auf.

Und dann ist da auch noch unser Bundeskongress, der organisiert werden will. Alle Informationen sowie die Möglichkeit sich dazu als Delegierte*r anzumelden, gibt es auf: www.buko2022.dfg-vk.de.

Es ist viel los in dieser politisch de-saströsen, verbandlich aber (leider) interessanten Zeit. <<

Völkerrecht bei Rüstungsexporten achten!

Politische Kunstaktion zeitgleich mit der „Zeitenwende“-Rede des Bundeskanzlers

Von Jürgen Grässlin

27. Februar, 11 Uhr 40. In seiner Regierungserklärung verkündet Kanzler Scholz im Bundestag „eine Zeitenwende“. Über ein „Sondervermögen Bundeswehr“ von 100 Milliarden Euro sollen zusätzliche Militär- und Rüstungsausgaben investiert werden. Und: Die Ukraine wird aus Beständen der Bundeswehr Kriegswaffen erhalten. Die Begründung für diese drastische Kehrtwende ist der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg.

Anlässlich unseres diesjährigen Aktionstags hielt ich zeitgleich zur Scholz-Rede direkt vor dem Reichstagsgebäude eine Rede für die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. In einer interaktiven Kunstaktion hatten Studierende der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim unter der Leitung von Mathias Rebmann eine riesige Präsentationswand errichtet. Passend zu den Redebeiträgen von Susi Weipert, Christine Hoffmann und mir ermöglichte diese Projektion einen beeindruckenden Einblick in „Deutschlands größte Waffenkammer“. Mit Röntgenstrahlen durchleuchtet kamen Kampfflugzeuge, -schiffe und -panzer zum Vorschein. Passend dazu waren die Skelette der Aktivist*innen, die sich hinter der Wand bewegten.

Angesichts des Krieges fokussierten wir unsere Forderungen auf den Bruch des Völkerrechts: Ausgehend vom Vorwurf an den russischen Präsidenten Putin, dass dieser Militärs und Zivilisten rechtswidrig im Nachbarland Ukraine töten läßt. Damit bricht Russland die Charta der Vereinten Nationen, welche „die territoriale Unversehrtheit“ garantiert.

Unsere Kritik richtete sich aber auch an die Ampelkoalitionäre, die

nicht länger dem internationalen Druck standhielten und Kriegswaffenlieferungen an die Ukraine zustimmten: Panzerfäuste und -abwehrwaffen, gepanzerte Fahrzeuge sowie Boden-Luft-Raketen des Typs „Stinger“ sollten als sogenannte „Defensivwaffen“ geliefert werden. Mit Nachdruck wies ich darauf hin, dass jede vermeintlich defensive Waffe auch offensiv eingesetzt werden kann. Mehr noch: Deutschland wird mit diesen Waffenlieferungen selbst Kriegspartei.

Zugleich machten wir darauf aufmerksam, dass die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel die Einhaltung des Völkerrechts keinesfalls zum Maßstab von Exportgenehmigungen erhoben hatte. Merkel und die Mitglieder des Bundessicherheitsrats hatten milliardenschwere Rüstungsexportgenehmigungen in Länder erteilt, die ihrerseits das Völkerrecht und die Menschenrechte schwer verletzen, wie Saudi-Arabien und die VAE.

Der Zwang zum Handeln ist groß. Im Jahr 2021 genehmigte die alte Bundesregierung Rüstungsexporte im Volumen von 9,35 Milliarden Euro allein

bei Einzelausfuhren. Mit dem Krieg in der Ukraine und der sicherheitspolitischen Neuorientierung der Ampelkoalition stehen der Rüstungsindustrie goldene Zeiten bevor. Entgegen dem allgemeinen Kursverfall meldeten Rüstungsaktien exorbitant hohe Kursprünge an der Börse.

Mit der Stimme der DFG-VK fordern wir von der ‚Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!‘ die Regierung auf, die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte zum uneingeschränkten Maßstab ihrer Rüstungsexportpolitik zu machen. Hierzu benötigen wir ein neues Rüstungsexportkontrollgesetz mit klaren Exportverboten und einem Verbandsklagerecht. Wir haben unsere Forderungen an das Bundeswirtschaftsministerium eingereicht, die Expertengespräche liefen Ende März an, ich vertrete die DFG-VK.

Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und einer der SprecherInnen der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“. <<



Scholz predigt im Bundestag Aufrüstung, Grässlin kritisiert davor die Rüstungspolitik

Chronik eines angekündigten Krieges

Gedanken-Wirrwarr und Gefühls-Chaos und ohnmächtiges „Etwas-tun-wollen“

Von Werner Glenewinkel

Dass die Groß- und Atommacht Russland die benachbarte Ukraine militärisch angreift und mit einer großen Armee überfällt, das schien für viele unvorstellbar. Ein Schock. Gerade auch für PazifistInnen, für die Krieg ein Verbrechen ist und deren Aktivitäten darauf gerichtet sind, Krieg zu verhindern. Nun also Krieg in Europa. Das erzeugt Ratlosigkeit, Verunsicherung, Ohnmacht. Wie damit umgehen?

Eine Möglichkeit: Diese Gefühle zulassen, wahrnehmen, aussprechen. Werner Glenewinkel, wenige Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geboren und seit vielen Jahren DFG-VK-Mitglied, beschreibt, was der Krieg in ihm auslöst, wie er versucht, das Unvorstellbare zu ordnen. Gedanken zur täglichen Lektüre der „Süddeutschen Zeitung“ und der Betrachtung der darin veröffentlichten Bilder. Mehr Fragen als Antworten. Die Chronik der ersten Kriegstage als Beispiel für den Versuch, die Ratlosigkeit zu überwinden.

Donnerstag, 3. Februar

Süddeutsche Zeitung (SZ) Scholz stoppt Nord Stream 2! Wegen der russischen Aggression gegen die Ukraine setzt der Kanzler Genehmigung der Gasleitung aus. Die EU verhängt Sanktionen gegen Hunderte Einzelpersonen und Banken.

Das traut der sich nicht, in die Ukraine einzumarschieren. Warte ab, diese wirre Rede am Montag. Der Westen wird hart und schnell reagieren. Wenn die sich mal einigen werden. Denk doch mal vernünftig: Putin kann sich ernsthaft Wirtschaftssanktionen gar nicht leisten; wie will er die Ukraine mit über 40 Millionen Einwohnern

besetzt halten, das geht schon aus Verwaltungsüberlegungen heraus gar nicht und ...

Darüber das Bild eines Bahnhofs, ein Kind auf dem Arm einer Person schaut ängstlich und erwartungsvoll den Fotografen an – also mich, den Leser.

Ich bin berührt. Was wird aus diesen Kindern werden? Ich sehe meine Enkel vor mir...

Tag 1, Donnerstag, 24. Februar

(SZ) Baerbock: Putin hat den Westen belogen! Außenministerin wirft dem russischen Präsidenten Täuschung vor. EU beruft Sondergipfel ein, Ukraine verhängt Ausnahmezustand.

Haben wir im Westen uns jahrelang in Putin getäuscht? Gab es zu viele „Putinverstehler“? Haben wir die russischen Aggressionen von Georgien bis zur Krim nicht ernst genommen? Sind wir zu schnell über das Schicksal einzelner Russen, die gegen Putin aufbegehrt haben – genannt sei stellvertretend Nawalny –, hinweggeschaut? Zugunsten einer Theorie des Wandels durch Handel? Wenn wir belogen worden sind, haben wir uns belügen lassen. Wer ist „wir“?

Dazu das Bild des von der russischen Fahne halb verdeckten Gesichts eines russischen Kadetten während der gestrigen Veranstaltung zum „Tag des Verteidigers des Vaterlandes“.

Es wird berichtet, dass sich deutsche Männer freiwillig in der Ukraine melden, um zu kämpfen. Warum? Wofür?

Rechtsradikale? Wie war das mit den deutschen Freiwilligen im spanischen Bürgerkrieg?

Tag 2, Freitag, 25. Februar

(SZ) Krieg in Europa! Russische Streitkräfte haben großflächig Angriffe auf die Ukraine gestartet. Staats- und Regierungschefs äußern weltweit Solidarität mit Kiew. Deutschland und die EU kündigen harte Sanktionen an.

Putin hat eine deutliche rote Linie überschritten. Die ersten Zeichen weltweiter Solidarität sind beeindruckend. Und manchmal überraschend, z.B. im Fußball: Schalke läuft nicht mehr für Gazprom auf. Petersburg verliert die Austragung des diesjährigen Champions-League-Finales.

Das Bild zeigt einen russischen Panzer mit einem Soldaten im Ausguck, der die Grenze zur Ukraine überfährt.

Panzer = Gewalt, Angst, Ohnmacht...



Tag 3, Samstag, 26. Februar

(SZ) Putins Krieg! Proteste in Russland brauchen viel Mut. Mit Ukrainerinnen auf der Flucht. Der Westen plötzlich einig. Wladimir Sorokin: Putin ist geliefert. Swift: Welche Folgen hätte ein Finanzstopp?“



gab diese Ankündigung den Aktien von Rheinmetall kräftigen Auftrieb, in der Spitze um 50 Prozent. Und ab 2024 sollen mindestens 2 Prozent des BIP für „die Verteidigung“ ausgegeben werden. Und zudem ist die Regel – keine Rüstungsexporte in Konfliktgebiete – gebrochen worden.

Putins Krieg, einerseits. Andererseits: Hat Alexander der Große tatsächlich allein Persien erobert? Putin beherrscht seinen Machtapparat. Aber der macht mit. Ein Putsch gegen Putin? Wie sollte das gehen? Könnte das Volk aufstehen und einen Aufstand machen, im Sinne von Nawalny? Ich habe gut reden. Schon mit einer Teilnahme an einer Demonstration in Moskau riskiert man seine Freiheit, oft auch seine Gesundheit. Und wir, hier...

Das Bild zeigt eine Montage von Putin auf der linken Seite und weit entfernt auf der rechten Seite Scholz (mit Kravatte) und davor im olivgrünen T-Shirt Selenskyj.

Warum helfst ihr uns nicht? Könnte Selenskyj sagen. Wir helfen euch sehr, würde Scholz antworten. Zwei Welten, die des Olivgrün und die des weißen Hemdes.

Tag 5, Montag, 28. Februar

(SZ) Scholz verkündet neue Sicherheitspolitik! Bundeskanzler nennt Russlands Angriff eine „Zeitenwende“ und kündigt Milliarden-Investitionen in der Bundeswehr an.“ Der Bundestag hatte am Sonntag getagt. Und parallel dazu: „Putin droht mit Nuklearwaffen! Moskau versetzt Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft. Kiew stimmt Friedensverhandlungen zu.

Zeitenwende! Was für ein Wort. Mächtig und kraftvoll, erklärend und legitimierend, dass sich was ändert, ändern darf, ändern muss. Aber was? Unser Verhältnis zum Militär? Wehrlos = ehrlos? Hoffentlich nicht. Gleichwohl

Das Foto geht über beide Schlagzeilenspalten und zeigt einen Blick auf die Hauptstadt Kiew, deren Panorama noch heile aussieht und der Himmel kann bedeckt sein oder schon die Explosionen in die Luft malen.

Ich kann diese Realität nur erahnen. Wir leben in symbolischen Akten: Bei einem Fußballspiel wurde der Mittelkreis des Spielfeldes um weitere Linien ergänzt, sodass ein Peace-Zeichen zu erkennen war.

Tag 6, Dienstag, 1. März
(SZ) Heftige Gefechte, erste Gespräche! Verhandlungen zwischen Delegationen der Ukraine und Russlands enden ohne Durchbruch. Putin reagiert mit Drohgebärden auf die Wirtschaftssanktionen von EU und USA.

Wer redet, schießt nicht. Wenn die Wahrheit so einfach und so klar sein könnte. Hier wird geredet, um vom Schießen abzulenken, um Zeit zu gewinnen, um später effektiver schießen zu können... Eine Gelegenheit, um an die Kriegsdienstverweigerung zu erinnern? Ein KDV-Recht wie das nach Artikel 4 Absatz des Grundgesetzes gibt es in der Ukraine nicht und in Russland auch nicht. KDV im Krieg, wie sollen (junge) Männer das schaffen, wohlwissend, dass sie in ihrem Land dann sozial total ausgeschlossen wären. Uns bleibt nur Solidarität und Unterstützung denen, die sich dem Kriegseinsatz verweigern.

Das Foto zeigt das Gesicht eines älteren Mannes, der sich für Karneval in Köln als Clown in den Farben der Ukraine geschminkt hat. Der Umzug in Köln war in eine Friedensdemonstration mit 250000 Menschen verwandelt worden.

Das passt zu den Ursprüngen des Karnevals als einer widerständigen Haltung der Bürger gegen die Obrigkeit. Aber darf man in Kriegszeiten Karneval feiern? Nein? Aber wir haben hier keinen Krieg, sollten wir also feiern dürfen? Die Menschen in der Ukraine kämen ja nie auf diesen Gedanken. Wie passt das zueinander? Wir haben für unsere Kölner Enkelin mit zwei Freundinnen eine Karnevalsparty veranstaltet: Verkleiden und Musik und Pizza und Popcorn und Filmgucken...



Tag 7, Mittwoch, 2. März
(SZ) Appelle gegen das Blutvergießen! Während Putin seine Streitkräfte vorrücken lässt, spricht sich das Europaparlament für eine Aufnahme der Ukraine in die EU aus. Kiew und Moskau planen weiteres Treffen.

Putins Aggression wird von vielen auf jene Russen übertragen, denen man eine Nähe zu Putin nachsagen kann. München entlässt den russischen Dirigenten, weil er sich nicht fristgerecht von Putin distanziert. Wessen Musik darf man noch hören? Welche Schriftsteller darf man noch lesen? Sind wir in Gefahr, die Komplexität der Verhältnisse mit radikalen Schnitten reduzieren zu wollen? >>

» Das Foto zeigt Trümmer nach Raketenbeschuss auf das Gebäude der Regionalverwaltung in Charkiw.

Der Cousin eines Bekannten in Lviv spricht von einem Krieg mit Ansage. Er hat Angst. Weil die gezielte Zerstörung einer städtischen Infrastruktur das Leben der Menschen in Chaos verwandeln kann: die Apotheken sind leer gekauft, Brot ist ausverkauft, das Bezahlen von Sprit mit EC-Karten funktioniert nicht mehr. Das macht mir Angst.



Das Foto öffnet den Blick in den Tunnel einer Metrostation in Kiew. Im Vordergrund eine junge Frau mit starrem Blick auf einer Matratze mit einem großen Kuscheltier.

Die „Kriegskinder“, also unsere Eltern und Großeltern und zum Teil auch Urgroßeltern kennen das, ihnen werden traurige Erinnerungen hochkommen. Wir leben von Filmszenen.

Tag 9, Freitag, 4. März

(SZ) Großstädte unter Beschuss! Obwohl Präsident Putin die Angriffe verstärken lässt, treffen sich Delegationen aus der Ukraine und Russland zu Verhandlungen. Der Stadtrat von Mariupol wirft dem Kreml-Chef „Genozid“ vor.

Wer miteinander redet, bewahrt die Chancen auf friedliche Lösungen. Soweit die Theorie. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer das Reden fällt, wenn gegenseitig heftige Gefühle im Spiel sind. Dann fällt das Reden immer schwerer und das Sich-verständigen gelingt immer seltener. Trotzdem weiterreden?!

Im Bild: Fridays for Future hat zur Demonstration für Frieden aufgerufen, und viele sind gefolgt, hier junge Leute mit Peace-Plakaten in blau-gelb.

Gut, dass endlich klar wird, wie Krieg und Klima zusammen hängen.

gen. Dass es „Klimakriege“ gibt und vermehrt gegeben wird. Die Leiterin der ukrainischen IPCC-Delegation, Svitlana Kravkova, stellte fest, dass der Klimawandel und der Krieg dieselben Wurzeln hätten: „fossile Brennstoffe und unsere Abhängigkeit davon“. Das Verückte: Im Krieg werden die Ressourcen, die wir gezielt und gewollt einsparen wollen, nein: müssen, auf grandiose Weise verschleudert.

Tag 10, Samstag, 5. März

(SZ) Nukleare Gefahr! Nach Kämpfen um Europas größtes Atomkraftwerk stellt sich die Frage: Was passiert, wenn einer der ukrainischen Meiler bei den russischen Angriffen beschädigt wird?

Bei dem Gedanken gerate ich in Panik. Ich habe Tschernobyl noch in deutlicher Erinnerung: die Unsicherheit, die Sorgen, die politischen Beschönigungen. Europa hat mit großer Kraftanstrengung einen Sarkophag über die Tschernobyl-Ruinen gebaut. Der funktioniert aber nicht von allein. Er muss sorgsam gewartet werden, von Spezialisten. Jetzt übernehmen russische Soldaten das Kommando...

Auf dem Nacht-Foto sieht man Feuer auf dem Gelände des Kernkraftwerks bei Saporischschja.



Tag 8, Donnerstag, 3. März

(SZ) Ukraine meldet viele zivile Opfer! Russische Truppen intensivieren ihre Angriffe auf den Süden und versuchen, den Zugang zum Meer abzuschneiden. Kremlkritiker Nawalny ruft Russen zum Protest gegen Putin auf.

Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin. Das war ein beliebter Satz in unserer Friedensbewegungszeit in den 1980er Jahren. Er galt schon damals nicht. Er zeigt, was wir nicht haben lernen können: Dass Krieg ein Verbrechen an der Menschheit ist. Und dass die logische Folgerung draus sein müsste: Keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten. Ich bin wieder bei der Theorie gelandet. Auf meinem Sofa. In Sicherheit. Mit einem Dach über dem Kopf. Warmem Wasser und einer Heizung. Noch. Wann werden wir in unserer Kriegsrealität landen?

Am 11. März liegen Fukushima elf Jahre und Tschernobyl 36 Jahre zurück. Und wir diskutieren über die Verlängerung von AKW-Laufzeiten, beschließen die Nachhaltigkeit von Atomstrom und lernen Saporischschja kennen.

Tag 12, Montag, 7. März

(SZ) Zivilisten und Infrastruktur im Visier! Russland erhöht den Druck auf die ukrainische Bevölkerung und schneidet sie von der Versorgung ab. 1,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht, und Präsident Selenskij ruft zum Gegenangriff auf.

2015 darf sich nicht wiederholen, sagen PolitikerInnen. Wir brauchen ein zweites 2015, sagen die Menschen, die Flüchtlingsarbeit machen. Jede Flucht und jede Vertreibung hat ähnliche Wurzeln, egal ob in Afrika oder Afghanistan oder in Belarus und der Ukraine. Eine „Willkommenskultur“ allein reicht nicht. Es braucht humane Regeln und Mitmenschlichkeit bei der Umsetzung.

Konstruktive. Die Ukraine wird – entgegen der Befürchtung unserer ukrainischen Freundin – nicht von der verschwinden. Dafür muss unsere Solidarität sehr nachhaltig sein.

Tag 13, Dienstag, 8. März

(SZ) Forderungen nach Energie-Embargo! Bundeskanzler Scholz will vorerst an den russischen Öl- und Gas-Importen festhalten. Doch sowohl in Europa als auch in den USA wird über einen Verzicht zunehmend diskutiert.

Wenn Putins Russland die Sanktionen schmerzhaft spüren soll, müssen wir diese Sanktionen ernst meinen. Dann werden wir einen Preis dafür zu zahlen haben: Wir müssen für Energie mehr bezahlen (aktuell 2,20 Euro für einen Liter Benzin) und wir müssen sparsam damit umgehen. Fangen wir am besten gleich damit an: Statt einer Person in den meisten Privatautos werden Fahrgemeinschaften gebildet; kein Auto unter drei Personen. Es wird sofort Tempo 100 auf Autobahnen beschlossen. Die Heizungen werden pauschal um 1 bis 2 Grad reduziert...

Im Bild: Vor einer völlig zerstörten Brücke bei Kiew steht eine Frau, sich eine kurze Verschnaufpause gönnend.

Wenn die Nato uns ernsthaft geholfen hätte, wäre dies hier nicht passiert, könnten Betroffene meinen. Und mit Tränen in den Augen hinzufügen:

Warum helft ihr uns nicht? Jetzt seid ihr mitverantwortlich. Gegen den Impuls, etwas Rechtfertigendes zu sagen, würde ich der Frau gerne zunicken und ihr Wasser anbieten...

Tag 14, Mittwoch, 9. März

(SZ) USA stoppen russische Öl-Importe! Präsident Biden will Druck auf Putin erhöhen. Die Bundesregierung lehnt eigenes Embargo ab und schließt

längere Laufzeiten für Atomkraftwerke aus. China bedauert „Rückkehr des Krieges“.

Krieg ist nicht gleich Krieg. Unsere ukrainische Freundin hat das Gefühl, die Nato hätte eingreifen müssen, damit nicht passiert, was die Ukrainer erleben müssen. Wenn die Nato eingegriffen hätte, dann hätte sie außerhalb ihres Einsatzgebietes gehandelt, dann hätte Putin den (heimlich erwünschten) Grund gehabt, auch gegen andere Anrainerstaaten vorzugehen. Das wäre ein großer Krieg geworden. Den darf sich niemand – bei aller berechtigten Verzweiflung – wünschen.

Das Foto zeigt das traurige Gesicht eines kleinen Kindes in den Armen eines Mannes hinter der Scheibe eines Zuges, davor die Hand einer Frau. „Trennung auf ungewiss“ steht daneben.

Mittlerweile sollen es 1,5 Millionen Menschen sein, die ihre Heimat ins Ungewisse verlassen haben, mussten. Was wird aus diesen Kindern werden?

Bei Drucklegung kennen wir die Schlagzeilen und die Fotos der Kriegstage 15 bis 40. Bis wann werden wir die Tage zählen müssen? Der 73. Tag wäre der 8. Mai. Woran wird in Deutschland an diesem Tag gedacht? Tag der Kapitulation? Tag der Befreiung? Die Zeitzeugen sind 77 Jahre und älter. Was raten wir den Jungen? Das Mitgefühl bewahren, einen kühlen Kopf behalten und einen langen Atem entwickeln. Emotionale Anteilnahme in allen Ehren, aber die hilft nur begrenzt. Die eigene Ohnmacht aggressiv zu wenden ist erfolglos; sie depressiv zu verarbeiten ist nutzlos. Es bleibt nur das Konstruktive: reden und helfen jetzt und nachdenken für die Zeit danach. Vom Ende her gedacht: Die russischen und die ukrainischen Menschen werden Nachbarn bleiben. Auch ohne russisches Gas und Öl werden wir mit Russland verhandeln müssen und Handel treiben wollen. Man kann nicht nichts tun. Was ist der nächste Schritt? <<



Auf dem Foto ein Außenbezirk von Kiew. Ein bewaffneter Zivilist zieht eine Schubkarre, auf der – auf ihren wenigen Sachen – eine alte Frau liegt und sich verzweifelt das Gesicht hält. Daneben ein Soldat mit einem Kind auf dem Arm.

Bei solchen Bildern kommen mir die Tränen. Was kann ich tun gegen die Ohnmacht? Es hilft nur der Weg in das

Doch, pazifistische Politik geht so

Sicherheit neu denken: Antwort auf Wolfram Scheffbuchs Kritik

Von Theodor Ziegler

In der *CivilCourage*-Ausgabe 4/2021 (Seite 19) hatte Wolfram Scheffbuch unter dem Titel „Politik geht anders“ die Initiative „Sicherheit neu denken“ aus pazifistischer Sicht hart kritisiert. Theodor Ziegler antwortet ihm.

Lieber Wolfram, Deine Forderung nach sofortiger Abschaffung der Bundeswehr, unterstütze ich voll und ganz, seit ich 1971 beim Kreiswehrrersatz Ludwigsburg den Kriegsdienst verweigert habe. Allerdings sehe ich einen großen Unterschied zwischen Recht haben und Recht bekommen. Für Letzteres brauchen wir politische Mehrheiten.

Abschreckung. An der dafür größeren Zustimmung in der Bevölkerung gilt es anzusetzen. Auch die Bejahung fairer und nachhaltiger Handelsbeziehungen, partnerschaftlicher Sicherheitsarchitekturen, ziviler Konfliktbearbeitung und verstärkter Friedensbildung durch viel mehr Menschen gilt es aufzugreifen.

Das Szenario „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ macht genau dies. Nun ist ein Szenario keine Voraussetzung oder gar eine Prophezie, sondern benennt und terminiert provisorisch ein zu erreichendes Ziel und beschreibt einen plausiblen Weg dorthin. Die Bestandsgarantie für die Bundeswehr ist nicht Wunsch und Wille der Szenario-AutorInnen, sondern der politischen Mehrheiten, genauso wenig wie die Kampagne „Unter 18 nicht“ den Militärdienst ab 18 Jahren gutheißen würde.

Das jüngste Wahlergebnis zeigt, dass es bei den Wählenden für die grundlegende Ablehnung der Einrichtung Bundeswehr maximal 5 Prozent Zustimmung geben dürfte. Ob sich unter den Nichtwählenden mehr als 5 Prozent PazifistInnen verbergen, ist fraglich. Eine humanistisch, menschenrechtlich oder religiös begründete Ablehnung des Militärs ist somit leider eine kleine Minderheitenposition.

Protestieren tun wir Friedensbewegte schon seit Jahrzehnten – und verbleiben dabei mehr oder weniger unter uns. Die 2019 entstandene Initiative „Sicherheit neu denken“ (SND) versucht nun, nicht gegen etwas, sondern für etwas zu werben.

Sie ist dabei erfreulicherweise zum gemeinsamen sicherheitspolitischen Projekt von inzwischen 39 Friedensorganisationen geworden, 15 davon (inklusive der DFG-VK) arbeiten aktiv im Koordinationskreis zusammen. Im Wahlkampf wurden m.W. in mindestens 15 Wahlkreisen friedenspolitische Podiumsdiskussionen mit den Kandidierenden geführt und dabei SND vorgestellt.

Interessanterweise gab es zu den ersten vier Szenario-Säulen (Fairer Handel, Gute Nachbarschaft zu EU-Anrainern, Zivile Sicherheitsarchitektur inklusive Internationaler Po-

Anders verhält es sich mit konkreter Kritik an Rüstungsexporten, Auslandseinsätzen und atomarer



izei, Friedensbildung und Zivile Konfliktbearbeitung) große Zustimmung. Lediglich bei der fünften Säule mit der Transformation der Bundeswehr zu einem „internationalen technischen Hilfswerk“ hatten die meisten PolitikerInnen außer der Linken noch erhebliche Vorbehalte, was angesichts der allumfassenden Militärkultur nicht verwunderlich ist.

Die Initiative SND erreichte in zwei Jahren trotz der Pandemie über Zehntausend Menschen in Vortragsveranstaltungen und Seminaren. Auch in einigen Nachbarländern gibt es Interesse an der Entwicklung einer zivilen Sicherheitspolitik und bald auch eine entsprechende Kooperation.

In Deutschland ist die Initiative SND in einer Vielzahl konstruktiver Gesprächskontakte zu Verantwortlichen aus Politik, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, Polizei, Militär und Kirchen, wie es bisherige Aktivitäten der Friedensbewegung nicht vermocht haben. Und vor allem bekommt durch das Bekanntwerden der zivilen sicherheitspolitischen Alternative die weiterhin wichtige Militärkritik vermehrt Plausibilität.

Auch bei dem 2022 nach 20 Jahren Vorlauf vollzogenen Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung war es so, dass der Bekenntnissatz „Atomkraft – nein dank!“ erst dadurch wirklichkeitsverändernd wurde, als durch Energieeinsparungen und die Entwicklung der regenerativen Energiegewinnung – verstärkt durch die Katastrophe von Fukushima – der Umstieg plausibel geworden ist.

Zum gewiss mühevollen Weg durch die Argumentationsebene sehe ich keine Alternative. Das ausschließliche Hinterherhecheln hinter immer neuen militärischen Vernichtungstechniken und Bedrohungsszenarien kann auf Dauer frustrieren. Der militärische Igel

sitzt im „bin schon da“, bevor der pazifistische Hase ankommt.

Die Vision der Militärabschaffung allein verändert nichts, sie bedarf der Umsetzung durch ein neues sicherheitspolitisches Denken, das die, auch von uns Deutschen mitverursachten, Konfliktursachen an der Wurzel angeht und kooperative zivile Sicherheitsstrukturen, z.B. in Europa auf OSZE-Ebene, anstrebt.

Wer begriffen hat, dass Sicherheit nur gemeinsam mit den heutigen Gegnern erreicht werden kann, sieht in der Rüstung einen gefährlichen Irrweg und eine unsägliche Ressourcenvergeudung.

Gerade in der aktuellen Eskalation zwischen Nato und Russland wegen der Ukraine könnten Sicherheit zivil denkende PolitikerInnen befriedende Konfliktlösungen aufzeigen. Dafür aufgeschlossene PolitikerInnen in den verschiedenen Parteien zu gewinnen, ist eine wichtige Aufgabe der Initiative „Sicherheit neu denken“.

Theodor Ziegler ist DFG-VK-Mitglied und langjähriger kirchlicher KDV-Berater. Er ist Mitautor des Szenarios „Sicherheit neu denken“ und gehört dem SND-Koordinationskreis an. Mit der Dissertation „Motive und Alternativentwürfe christlicher Pazifisten“ wurde er 2018 an der Universität Bonn promoviert. <<



Theo Ziegler (re.) beim DFG-VK-Bundeskongress 2019



Ulrich Frey war viele Jahre Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden und ein zentraler Akteur der Friedensarbeit im Bereich der evangelischen Kirche. So hat er u.a. die große Demonstration und Kundgebung der Friedensbewegung am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten mitvorbereitet und -organisiert.

Die Texte dieses Bandes reflektieren Erfahrungen aus mehreren Etappen der Friedensarbeit in Deutschland und Europa und der Friedensbewegung. Sie stützen sich auf eigene Erfahrungen des Autors aus aktiver Mitarbeit im internationalen und deutschen Freiwilligen- und Friedensdienst seit seinem 15. Lebensjahr, breite Kenntnisse der Friedensforschung wie der Theologie. Die Seiten dieses Buches sind Ausdruck von Hoffnungen auf Frieden und Gerechtigkeit weit über die Kirchen hinaus in Gesellschaft und Politik. Die Texte aus den vergangenen drei Jahrzehnten sind auch ein Beitrag zur deutschen und europäischen Zeitgeschichte.

Das Manuskript wurde am 31. Dezember 2021 in Wahrnehmung der aktuellen Konflikte abgeschlossen, die am 24. Februar zu dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine eskalieren. Dieser Krieg hat in Europa und weltweit nicht lediglich militärische, sondern ebenso heftige friedens-theologische, friedensethische und friedenspolitische Reaktionen ausgelöst. Das Buch vermittelt Hinweise darauf, wie Friedensarbeit künftig konzeptionell und politisch-praktisch gestaltet werden kann. Nicht von ungefähr lautet der Titel des letzten Textes: „Eine neue Entspannungspolitik? Neue Ansätze sind nötig! Ein Überblick“.

Ulrich Frey: Auf dem Weg des Friedens und der Gerechtigkeit. BoD (Books on Demand), Norderstedt 2022; 452 Seiten; 14,90 Euro

Der Nazi-Kittel in der Jauchegrube

Nachruf auf den Wehrmachtdeserteur Rainer Schepper (23.3.1927 - 8.8.2021)

Von Bernd Drücke

Wer, wie ich, mit Rainer Schepper befreundet war und sich am 4. Februar 2022 den Eintrag zu ihm auf Wikipedia angeguckt hat, wurde in Erstaunen versetzt. Zwar war dort zu lesen, dass er ein „Lehrer, Autor, Publizist und Rezitator standard- und niederdeutscher Sprache“ war. Aber dass er sich auch als Pazifist verstand und zu den wenigen gehörte, die sich öffentlich zu ihrer Desertion aus der Wehrmacht bekannt hatten, findet sich auf Wikipedia nicht. (<https://bit.ly/3tXfTws>) Offenbar ist Desertion bis heute sogar Wikipedia-Administrator:innen verpönt.

Das verwundert nur auf den ersten Blick. Schließlich ist Fahnenflucht in Deutschland immer noch nach Paragraph 16 Wehrstrafgesetz strafbar. Während des Zweiten Weltkriegs wurden von der Nazi-Justiz über 30000 Todesurteile gegen Deserteure gefällt und mindestens 23000 vollstreckt. Bis zum Kriegsende im Mai 1945 wurden viele, die versucht hatten, sich durch Fahnenflucht der Beteiligung am befohlenen Massenmord zu entziehen, standrechtlich erschossen. Dieser Gefahr zum Trotz desertierten

während des Zweiten Weltkriegs von den 18,2 Millionen Wehrmachtssoldaten etwa 400000. Einer dieser Deserteure war Rainer Schepper.

Nach Erscheinen seines Buches

„Ich war Deserteur“ (Münster 2009) ging Rainer mehrmals auf Lesereise. „Und dann wurde ich oft übelst angegriffen, von Zuhörern als ‚Vaterlandsverräter‘, als ‚Feigling‘, als ‚Drückeberger‘, als ‚unkameradschaftlich‘ beschimpft, als einer, der seine Kameraden ins Feuer habe laufen lassen und sich selbst entzogen hätte. Heiße Diskussionen und übelste Angriffe, damals noch, lange nach Kriegsende“. Diese Zitate stammen aus einem Interview, das ich mit Rainer Schepper auf „MünsterTube“ geführt habe und das zu sehen ist auf https://youtu.be/J5Ls_AfrAcE

Sein 2016 erschienener „Lebensreport“ (Coesfeld 2016) dokumentiert, wie der Militarismus in Nazideutschland den Alltag von Jugendlichen bestimmt hat. Zentral sind die Erlebnisse, die der Münsteraner während der letzten Kriegsmonate gemacht hat. Im Januar 1945 wurde der damals 17-Jährige zum Kriegseinsatz an die Ostfront

kommandiert. Er floh, desertierte dreimal und entkam, trotz Standgericht und Strafkommando.

Ich hatte das große Glück, den antikerikalen Atheisten und Antimilitaristen Ende der 1990er Jahre kennenzulernen. Er war begeisterter Leser und ab Mai 2000 auch gelegentlicher Autor der *Graswurzelrevolution (GWR)*, der „Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft“, die ich mit herausgebe und für die ich 22 Jahre als Koordinationsredakteur gearbeitet habe.

Bei unseren gelegentlichen Treffen und vielen Telefongesprächen hat mich Rainer dezent darauf hingewiesen, dass ich ihn doch auch mal für die *GWR* interviewen könnte. Am 12. November 2018 habe ich ihm diesen Wunsch erfüllt.

Mein Interview mit dem damals 91-jährigen, keineswegs senilen Antifaschisten war vielleicht eines der letzten Zeitzeugengespräche mit einem Wehrmachtdeserteur. Es wurde in Auszügen im Januar 2019 in der *Graswurzelrevolution* Nr. 435 abgedruckt, als Radiosendung auf *Antenne Antifa* im Bürgerfunk ausgestrahlt und als 60-Minuten-Film von *MünsterTube* dokumentiert. Ausgiebig schildert Rainer darin seine Erlebnisse in der Nazizeit.

Seine dritte Desertion erfolgte 1945 bei Frankfurt am Main: „Ich war nun irgendwo in einem Bauernkotten, da hingen im Stall alte Klamotten, wahrscheinlich von einem Landarbeiter; da habe ich kurzentschlossen meine Uniform in die Jauchegrube geworfen, habe diese alten Klamotten angezogen und bin losmarschiert. Ich sah aus wie ein Clochard. Oder wie nennt man das? Wie ein Landstreicher. Das war mir egal. Jedenfalls war ich nun Zivilist.“



Bernd Drücke (re.) im Gespräch mit dem Wehrmachtdeserteur Rainer Schepper

Seine antifaschistische und antimilitaristische Botschaft richtet sich auch an kommende Generationen und bleibt aktuell: „Dulce et decorum est pro patria mori! – Süß und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben! – Eine Parole, die sich von Homer bis Klopstock in vaterländischer Dichtung findet und die im nationalsozialistischen Deutschland aufgegriffen und uns schon in der Jungvolk- und Hitlerjugendzeit indoktriniert wurde. Die gepriesene Süßigkeit des als erstrebenswert hingestellten Heldentodes hatte für mich von Anfang an einen bitteren Beigeschmack, und auf die Ehre, vielleicht einmal namentlich mit vielen anderen in Schlachten hingemordeten Kameraden auf einer Heldengedenktafel zu erscheinen, war ich keineswegs erpicht.“



Auf meine Frage, was er jungen Leuten heute sagen würde, die an den Schulen für die Bundeswehr rekrutiert werden und sich freiwillig zum

Kriegsdienst melden, antwortete Rainer: „Freiwillig? Bescherbelt! Was soll ich denen sagen? Haben die denn keine Vorstellung?! Man muss doch mal nachdenken, was man tut. Ich bin doch für das, was ich tue, selber verantwortlich.“

Rainer Scheppers Beerdigung auf dem Zentralfriedhof Münster fand im August 2021 im engsten Familienkreis statt.

Rainer, wir werden dich nicht vergessen und in deinem Sinne weiter gegen Militarisation und Krieg, für eine friedlichere, gerechte Welt kämpfen.

Bernd Drücke arbeitet im Archiv für alternatives Schrifttum (afas) Duisburg und ist seit zwei Jahrzehnten Mitglied der DFG-VK. <<

Angesagt: Pazifix, der Materialversand der DFG-VK

Fahnen, Transparente, Plakate und weitere Materialien für Antikriegs-Aktionen

Kaum eine größere Stadt, in der nicht bereits Antikriegs-Kundgebungen oder Demonstrationen stattfanden. Und auch in den kommenden Wochen sind zahlreiche Aktionen gegen den russischen Einmarsch in die Ukraine geplant – und auch die Ostermärsche stehen Mitte April bereits vor der Tür.



Um eure Antikriegs-Aktionen so unterstützen, gibt es in unserem Webshop zahlreiche Materialien – von Fahnen und Transparente über Plakate, Aufkleber und Flugblätter bis hin zu Taschen und Buttons. Viele Materialien sind bereits speziell gegen den Krieg in der Ukraine.



In unserem Klamotten-Shop haben wir ebenfalls viele Friedensmotive auf Shirts, Pullovern und vielem mehr. Auch dort haben wir bereits Motive gegen den Krieg in der Ukraine. Und das Beste: Alle Einnahmen fließen direkt in unsere Friedensarbeit! Shoppen und Gutes tun, sozusagen.

shop.dfg-vk.de

Neues vom *Global Net - Stop the Arms trade*

Weltweit einzigartige Fallstudie zu „Kindersoldat*innen und Waffenhandel“

Von Helmut Lohrer

Als ein Projekt des *Rüstungs- InformationsBüros* (RIB e.V.) veröffentlicht ein internationales Team des *GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT)* Fälle von Waffenexporten. Wir arbeiten dabei eng mit der DFG-VK zusammen. Unser Rechercheteam ist motiviert durch die Erkenntnis, dass Rüstungskonzerne zunehmend weltweit agieren und produzieren. Die Zusammenhänge des internationalen Waffenhandels, die Exportwege und die humanitären Folgen dieser Geschäfte verstehen wir nur im globalen Kontext.

In besonderem Maß gilt das für den aktuellen Fall des *GN-STAT*: „Kindersoldat*innen und Waffenhandel“. Federführend recherchiert und verfasst von Ralf Willinger, Referent für Kinderrechte bei Terre des Hommes, kommen darin Menschen zu Wort, die als Kinder selbst zum Kämpfen gezwungen und damit nicht nur anderen Leid zufügen mussten. Sie sind vielfach selbst schwer traumatisiert.

Die „Liste der Schande“, die jährlich vom Generalsekretär der Vereinten Nationen veröffentlicht wird, zählt aktuell mehr als 20 Länder, in denen Kinder meist zwangsweise rekrutiert, misshandelt, sexuell missbraucht und getötet werden. Die Waffen, mit denen die Kinder zum Kämpfen gezwungen werden, stammen meist aus einer kleinen

Gruppe von Staaten: den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates – und aus Deutschland.

Beispielhaft wird auf der Webseite des *GN-STAT* für Kolumbien und Myanmar dargestellt, woher die Waffen kommen. Deutschland hat schon in den 70er und 80er Jahren eine jeweils entscheidende Rolle gespielt, indem es nicht nur Kleinwaffen, sondern ganze Produktionsanlagen geliefert hat. Für Kolumbien war Deutschland bis zuletzt einer der größten Waffenlieferanten, im Falle Myanmars sind es inzwischen China, Russland und Indien.

Und dies, obwohl internationale Vereinbarungen und Verträge, wie der Waffenhandelsvertrag (ATT), Rüstungsexporte in bewaffnete Konflikte und in Länder, die die Menschenrechte verletzen, verbieten. Dies sollte insbesondere für Staaten mit Kindersoldat*innen gelten.

Gerade diese Länder gehören zu den größten Waffenimporteuren. Hier wäre eine Kontrolle und wirksame Reglementierung durch die UN erforderlich. Stattdessen werden die Waffen immer verfügbarer, kostengünstiger, leichter und einfacher zu handhaben.

Kinder werden mit Drohungen

oder Versprechungen oft gewaltsam rekrutiert. Sie sind billig, manipulierbar und zahlreich verfügbar. Wenn sie sich weigern oder zu fliehen versuchen, werden sie misshandelt oder getötet.

Seit Jahren fordern Menschen- und Kinderrechtsorganisationen zum Red Hand Day als dem internationalen Gedenktag für Kindersoldat*innen ein Ende der Rekrutierung von Kindern, den Stopp von Waffenexporten in die betreffenden Länder und die Strafverfolgung der Verantwortlichen.

Zwischenzeitliche Erfolge, im Fall von Myanmar war dies die Unterzeichnung eines UN-Aktionsplanes 2012, eines Zusatzprotokolls zur UN-Kinderrechtskonvention 2015 sowie der „Pariser Prinzipien zum Schutz von Kindern“ 2017, brachten keine durchgreifende Verbesserung. Regelungen wurden halbherzig umgesetzt oder umgangen. Dennoch gibt es Hoffnung: Über 1000 Kindersoldat*innen wurden aus der Armee Myanmars entlassen. Seit 2019 haben mehrere bewaffnete Gruppen schriftlich erklärt, die Rekrutierung von Minderjährigen einzustellen.

In Kolumbien wurden in den letzten 20 Jahren ca. 14000 Kinder, teilweise unter zehn Jahre alt, durch bewaffnete Gruppen eingesetzt. Die Waffen kamen überwiegend aus den USA, in vielen Fällen waren es Pistolen und Gewehre der deutschen Hersteller Sig Sauer und Heckler & Koch. Beide Firmen unterhalten Produktionsanlagen in den USA, wobei ein erheblicher Anteil auch aus deutscher Produktion stammte. Nach unserer Strafanzeige durch die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ (siehe www.gn-stat.org/?p=705) wurden 2019 drei Manager der Firma Sig Sauer wegen illegaler Exporte zu hohen Strafen verurteilt. Ein großer Erfolg, der für viele Kinder in Kolumbien allerdings zu spät kommt: Die deutschen Pistolen sind dort weit verbreitet und werden sowohl durch als auch gegen Kindersoldat*innen eingesetzt.

Die weltweit einmalige Fallstudie zu Kindersoldat*innen und Waffenhandel findet sich in mehreren Sprachen unter www.gn-stat.org/?p=3204.

Helmut Lohrer war langjährig International Councillor der IPPNW und ist Mitglied im Koordinationsteam des GN-STAT. <<



Es gab und gibt ein „anderes“ Deutschland

Dem Historiker, Verleger und Pazifisten Helmut Donat zum 75. Geburtstag

Von Wolfram Wette

Als Geschichtsstudent stöberte Helmut Donat Ende der 1970er Jahre in einem Hamburger Antiquariat nach interessanter Lektüre. Dabei stieß er auf die Schrift des ihm gänzlich unbekanntem Hans Paasche mit dem Titel „Meine Mitschuld am Weltkrieg“ (1919). Donat entrichtete den Preis von einer D-Mark, las den Text im Zug auf der Rückreise nach Bremen und war „wie erschlagen“. Er erkannte sogleich, dass er eine bedeutende Entdeckung gemacht hatte. Denn Paasche öffnete ihm die Augen, dass es neben dem nationalistisch-militaristischen Mainstream, der 1914 zum Weltkrieg geführt hatte, auch ein „Anderes Deutschland“ – bestehend aus Liberalen, Sozialisten und Pazifisten – gegeben hatte, das für die Werte Frieden, Freiheit, Recht und Demokratie stand.

Hans Paasche, Kapitänleutnant der kaiserlichen Kriegsmarine a.D. und 1905 an der Niederwerfung von Aufständen gegen die deutschen Kolonialherren in Ostafrika beteiligt, wandelte sich durch seine Erlebnisse zum Pazifisten sowie zum Gegner des Kolonialismus [siehe die Buchbesprechung *Helmut Donat: Hans Paasche – Ein Leben für die Zukunft auf Seite 42 in dieser ZivilCourage*]. Ein denkwürdiger Zufallsfund im Antiquariat war es also, der einen entscheidenden Einfluss auf den beruflichen Werdegang des jungen Historikers ausüben sollte.

In der Folgezeit arbeitete Donat zusammen mit Karl Holl (Universität Bremen), wie Donat Mitbegründer der Historischen Friedensforschung in Deutschland, an der Edition eines Manuskripts des prominenten Pazifisten Ludwig Quidde über den organisierten Pazifismus im Ersten Weltkrieg. Im Kontext des Projekts suchte er systematisch nach pazifistischen Zeit-

schriften und anderen literarischen Spuren der Vertreter dieses „anderen“, kriegsgegnerischen, antimilitaristischen Deutschlands. Er wurde zum wahrscheinlich größten Sammler pazifistischer Literatur in Deutschland und zum Anreger vieler Forschungen zu diesem Thema. Die Frucht dieser Jahre war das bedeutende Hermes Handlexikon „Die Friedensbewegung – Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz“, herausgegeben von Helmut Donat und Karl Holl, erschienen 1983 im Econ-Verlag Düsseldorf, gewidmet dem kritischen Hamburger Historiker des Ersten Weltkrieges, Fritz Fischer, „in dankbarer Verehrung“.

Helmut Donat war und ist von der „Berufung“ getrieben, das „andere“ Deutschland der Kriegsgegner und Vorkämpfer eines friedlichen Deutschlands der Vergessenheit zu entreißen. Das Auslöschen der Erinnerung an diese Menschen wurde nicht nur von den Nationalsozialisten systematisch betrieben. Es dauerte auch nach dem Kriegsende 1945 an, eigentlich bis heute.

Die bleibende Bedeutung dieses lebenslangen Kampfes des Historikers und Verlegers Helmut Donat gegen das Vergessen kann gar nicht überschätzt werden. Geht es doch um den historischen Nachweis, dass es selbst in der Zeit des kriegerischen ersten deutschen Nationalstaats (1870-1945), der maßgeblich von den Traditionen des preußisch-deutschen Militarismus geprägt war, einen lebendigen Gegenvorschlag zum kriegerischen Politik- und Gesellschaftsentwurf gab.

Das ist eine der Botschaften der im Donat-Verlag erscheinenden Publikationsreihe „Geschichte & Frieden“. Derzeit, im Jahre 2022, ist mit den Lebenserinnerungen von Theo-

dor Lessing der 50. Band dieser Reihe erschienen.

Für sein Lebenswerk als Historiker und Verleger vornehmlich pazifistischer Literatur wurde Helmut Donat im Jahre 1996 mit dem Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg ausgezeichnet. Die Stadt würdigte damit den historischen Forscher und den unermüdlichen Verleger einer Vielzahl von Publikationen zur Geschichte des deutschen Pazifismus und Militarismus, zu den Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus, zum Revisionismus in der Geschichtsschreibung, zur „Preußen-Legende“, zum „Historikerstreit“ und zum Völkermord an den Armeniern.

Seit dieser Ehrung ist ein Vierteljahrhundert ins Land gegangen. Jetzt, am 7. April 2022, wird der nimmermüde und streitbare Helmut Donat 75 Jahre alt. Wir gratulieren!

Wolfram Wette ist DFG-VK-Mitglied und emeritierter Geschichtspräsident. Zahlreiche seiner Bücher sind „bei Donat“ erschienen. <<



„Autonome Waffensysteme“ verbieten

Der Beginn vom Ende der Gespräche über Killerroboter in der CCW

Von Elvin Çetin und Marius Pletsch

CCW – Konvention über bestimmte konventionelle Waffen

Die Konvention über bestimmte konventionelle Waffen, vollständige Bezeichnung *Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können*, (englisch *Convention on Certain Conventional Weapons*, CCW, resp. *Convention on prohibitions or restrictions on the use of certain conventional weapons which may be deemed to be excessively injurious or to have indiscriminate effects*) ist ein völkerrechtlicher Vertrag bzw. eine UN-Konvention, die am 10. Oktober 1980 in Genf unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen unterzeichnet wurde. Es werden auch die Abkürzungen UN-Waffenübereinkommen, Waffenkonvention von 1980 oder UN-Waffenkonvention verwendet. Am 2. Dezember 1983 trat sie in Kraft, nachdem die Mindestanzahl von 20 ratifizierenden Staaten erreicht wurde.

Die Konvention ist ein Rahmenabkommen, welches die grundsätzlichen Zielsetzungen und Regeln klärt. Es wird vor allem Bezug auf das Abkommen IV der Genfer Konventionen genommen, welche den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten zusichert. Die genauen Vertragsgegenstände sind in einzelnen Protokollen verfasst, die von den Staaten jeweils einzeln unterschrieben werden müssen. Um als Unterzeichner der Konvention zu gelten, müssen mindestens zwei Protokolle unterschrieben werden.

Quelle: Wikipedia (https://de.wikipedia.org/wiki/Konvention_über_bestimmte_konventionelle_Waffen)

Mitte Dezember 2021 fand die sechste Revisionskonferenz der Waffenkonvention (CCW) der Vereinten Nationen (VN) in Genf statt. Gemeinsam mit unseren Kampagnen-Mitstreiter:innen von Facing Finance, die auch Teil der in Deutschland aktiven *Kampagne Killer Roboter Stoppen!* sind, waren wir in Genf vor Ort. Unterschiedliche zivilgesellschaftliche Akteure sind bei der CCW als Mitglieder der internationalen *Campaign to Stop Killer Robots* vertreten.

Auch außerhalb der Kampagne waren Vertreter:innen einiger nicht-staatlicher Organisationen aus den Bereichen der Wissenschaft, Friedensförderung und humanitären Hilfe anwesend.

Die CCW und die Position Deutschlands.

Die VN-Waffenkonvention ist seit 1983 gültig. Sie wurde mit dem Ziel verabschiedet, den Einsatz bestimmter konventioneller Waffen zu verbieten oder einzuschränken, die übermäßige Leiden verursachen oder in ihrer Wirkung unterschiedslos sind.

Im Rahmen der CCW wurden mehrere Protokolle verhandelt, die den Einsatz von nicht entdeckbaren Splintern, Landminen und Sprengfallen, Brandwaffen, blindmachenden Laserwaffen und die Beseitigung von explosiven Kriegsmunitionsrückständen regulieren bzw. verbieten.

Seit 2013 wird im Rahmen der Konferenz über Autonome Waffensysteme (AWS) diskutiert. Am Ende der CCW 2021 einigten sich die Vertragsstaaten nach fast achtjährigen Konsultationen und Beratungen auf einen „Kompromisstext“, der wieder kein Verhandlungsmandat für ein rechtsverbindliches Instrument zur Regulierung AWS enthält.

Deutschland hat bislang keine klare Unterstützung für ein Verbot in den Verhandlungen erkennen lassen. Und das, obwohl seit dem Koalitionsvertrag von 2013 zwischen CDU, CSU und SPD stets das Ziel einer Ächtung solcher Waffen erklärtes Ziel dieser und jeder späteren Regierungskoalition war. Zwar hat die Bundesregierung, insbesondere der damalige Bundesaußenminister Heiko Maas gerne und wiederholt öffentlich eine Ächtung gefordert, die Delegation in Genf unterstützte bei den Gesprächen der Regierungsexpert*innen (GGE) aber nie ein völkerrechtlich bindendes Verbot, sondern wollte, im Schulterschluss mit Frankreich, lediglich eine politische Erklärung erreichen.

Die *Kampagne Killer Roboter Stoppen!* fordert Deutschland auf, endlich mehr Verantwortung im Kampf gegen AWS zu übernehmen und aktiv zu werden. Deutschland muss sich mit den Staaten positionieren, die ein rechtsverbindliches Instrument verhandeln wollen.

Innerhalb der EU haben nur Österreich und Spanien klar für ein Verbot AWS Stellung bezogen. Frankreich ist dagegen. Außerhalb der EU sind insbesondere die Staaten der sogenannten G13 aktiv in den Diskussionen auf der CCW gewesen. Die Gruppe besteht aus 13 Regierungen, die sich klar für ein Verbot von AWS einsetzen: Argentinien, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Kasachstan, Nigeria, Palästina, Panama, Peru, Philippinen, Sierra Leone und Uruguay. Dazu kommen noch die G3: Brasilien, Chile und Mexiko, die sich ebenfalls für ein Verbot aussprechen, genauso wie viele weitere Staaten, die sich noch nicht einer der hier aufgeführten Gruppen angeschlossen oder sich in weitere Gruppen zusammengefunden haben. Dabei sind die beiden schon genann-

ten EU-Staaten sowie z.B. Irak, Kuba, Neuseeland, Pakistan, Südafrika und Venezuela.

Obwohl die Mehrheit der Staaten den Einstieg in Verhandlungen zu einem neuen Protokoll über AWS in der CCW befürwortet, wird in dem Forum auf der Stelle getreten. Verantwortlich hierfür sind insbesondere hochmilitarisierte Staaten wie die Vereinigten Staaten, Russland, Israel und Indien, die strikt gegen ein Verbot oder auch nur den Einstieg in Verhandlungen sind. Es sind damit auch genau die Länder, die bei der Entwicklung von Killerrobotern am weitesten fortgeschritten sind.

Die CCW – Das richtige Forum?

Lange war für die meisten Staaten klar, dass die CCW das adäquate Forum für die Gespräche ist. Mittlerweile gibt es daran aber wegen des Stillstands immer größere Zweifel. Und die beziehen sich nur zum Teil auf das Forum, es gibt auch inhaltliche Gründe, die daran zweifeln lassen, dass ein Protokoll hier der erhoffte Durchbruch wäre.

Das Forum ist wegen seiner Begrenzung auf das Kriegsvölkerrecht bzw. das humanitäre Völkerrecht (International Humanitarian Law/IHL) nicht so umfassend, wie es nötig wäre. Es braucht zumindest andere Foren, die sich nicht auf die Nutzung von Waffensystemen allein im Rahmen des IHL beschränken, denn die Technologie wird nicht unproblematischer, weil sie abseits von bewaffneten Konflikten, z.B. beim Grenzschutz oder bei der Strafverfolgung zum Einsatz kommt. AWS könnten z.B. an dem brutalen und schon jetzt hochtechnologisierten europäischen Grenzregime oder in autoritären Staaten gegen die eigene Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Zudem hat sich mehr und mehr durchgesetzt, dass das Mandat inhaltlich angepasst werden müsste. Seit Anfang der Gespräche ist von tödlichen autonomen Waffensystemen die Rede. Immer mehr Staaten erkennen an, dass die Beschränkung auf tödliche Systeme nicht förderlich

ist, da ein grundsätzliches Argument gegen AWS ist, dass Menschen auf Datenpunkte reduziert und dadurch als Ziel ausgewählt und bekämpft werden können. Ob diese dann tödlich oder weniger tödlich wirken, ist nicht der Punkt, weshalb ein international verbindliches Verbot gesucht wird.

Ein Pluspunkt für die CCW ist, dass hier 125 Vertragsparteien zusammenkommen, darunter die großen Militärmächte. Auch ist es durch die Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftler*innen ein relativ inklusives Forum.

Allerdings ist die Erfolgsquote für erfolgreiche Abrüstung und Rüstungskontrolle überschaubar. Bei blindmachenden Lasern gelang ein präventives Verbot, etwas, worauf lange als mögliches Vorbild auch für AWS geblickt wurde. Selbst wenn man bei der CCW nun an den Punkt eines Verhandlungsbegins kommen würde, könnte man bei AWS über ein wirklich präventives Verbot nicht mehr sprechen, dafür scheint es spätestens nach dem Bericht des UN-Sonderberichterstatters

für Libyen aus dem Jahr 2021 zu spät. Hierin wird ein Einsatz der türkischen Kargu-2 im März 2020 geschildert, bei dem keine Datenverbindung zu dem Bedienpersonal bestand. Bei dem Einsatz wurden Truppen von General Haftar verfolgt und angegriffen.

Bei zwei anderen Waffentypen, Landminen und Streumunition, scheiterte die CCW. Bei Landminen, weil das Verbot letztlich unzureichend und zu eng war, um einen Effekt zu erzielen und Zivilist*innen schützen zu können. Stattdessen wurde im Ottawa-Vertrag ein umfassenderes Verbot von Antipersonenminen erreicht.

Bei Streumunition scheiterten die Verhandlungen, ein Protokoll darüber kam nicht zustande. Hier fanden sich Staaten beim Vertrag von Oslo, die ein Verbot erreichten.

Dass die großen Militärmächte bei der CCW am Tisch sitzen, ist Vorteil des Forums, aber auch ein Problem: Sie können – wie im Falle der AWS-Debatte – Fortschritt ausbremsen. Selbst, wenn sie dem Druck der Staaten und der Öffentlichkeit nach- »



Weitere Informationen über „autonome Waffen“: <https://www.killer-roboter-stoppen.de>

Trauer um Wieland von Hodenberg (12.11.1938 - 28.10.2021)



Seit Anfang der 1980er-Jahre wirkte Wieland von Hodenberg aktiv in der Deutschen Friedens-Union, in der Friedensinitiative Obervieland und im Bremer Friedensforum. In seinen Artikeln und öffentlichen Stellungnahmen sowie bei vielen Aktionen vertrat er wichtige Positionen der Friedensbewegung und machte sich einen Namen als Kritiker des Rüstungsstandorts Bremen.

Mit der DFG-VK, in deren Bremer Gruppe er im Oktober 1992 eintrat, setzte er sich für die Aufnahme und Betreuung von Deserteuren ein. Unermüdlich war sein Engagement bei den Montagsdemonstrationen für die Unterstützung von Hartz-IV-Betroffenen, für die Einhaltung der Menschenrechte und gegen die Abschiebung von Asylsuchenden. Öffentlich bekannt wurde Wieland auch als Konsul der symbolischen „Geistigen Republik Zitzer“.

Wie aus einem Tagebuch spricht der Bewusstseinsstrom einer mit großer Leidenschaft betriebenen friedenspolitischen Kleinarbeit in dem posthum erschienenen E-Book mit rund 200 Beitragsmanuskripten von Wieland. Es kann hier gelesen werden: <https://bit.ly/3K24f91> Auf dieser Seite befindet sich auch ein Link zu dem politischen „Falschwörterlexikon“, das unter der Federführung von Wieland 2006 entstand.

Das Bremer Friedensforum organisierte eine große Traueranzeige im „Weser-Kurier“, in der 74 FreundInnen Abschied von einem treuen Freund, einem geradlinigen und bescheidenen Menschen nahmen.

*Ekkehard Lentz,
Bremer Friedensforum*

» geben würden, könnten sie in der Verhandlungsphase den Text verwässern und einem endverhandelten Protokoll dann immer noch nicht beitreten.

Somit hätte ein Prozess in der VN-Generalversammlung oder ein komplett VN-externer Prozess den Vorteil, dass sich progressive Staaten zusammenschließen können – und so ein Gelingen wahrscheinlicher wird, wenn Staaten, die über die Waffen schon in Mengen verfügen oder gerade wie bei AWS Unmengen an Geldern in die Forschung und Entwicklung solcher Waffen stecken, ein Vorkommen nicht in der Form blockieren können, wie in der CCW. Denn hier wird im Konsens entschieden, nur dass Konsens hier ein De-facto-Veto für jeden Staat bedeutet.

Sitzen die hochmilitarisierten Staaten gar nicht erst mit am Tisch, ist ein Verhandlungserfolg zwar wahrscheinlicher, aber dann fehlen diejenigen, die diese Systeme am ehesten einzusetzen willens und in der Lage sind. Denn sind sie nicht Vertragspartei, sind sie auch nicht direkt an ein erreichtes Verbot gebunden. Was sich aber beobachten lässt, ist, dass Verträge wie der Ottawa- und der Oslo-Vertrag, aber auch der Atomwaffenverbots-Vertrag durchaus normative Wirkung entfalten und so auch Druck auf diese Staaten ausüben können. Normen, die so geschaffen und von weiten Teilen der Staatengemeinschaft akzeptiert werden, können längerfristig in Völkergewohnheitsrecht übergehen.

Wie geht es von hier weiter? Zumindest für die nächsten Monate und vielleicht auch noch über Jahre geht es aber in der CCW weiter. Aber während der sechsten Überprüfungs-konferenz wurde deutlicher denn je, dass sich die Staatengemeinschaft hier auf einem Weg befindet, der nicht zu dem dringend nötigen Ziel eines völkerrechtlich verbindlichen Verbots führt. Laut dem neuen Mandat, wird die GGE das Bemühen, das Thema AWS zu adressieren, „intensivieren“. Jedoch ist fraglich, ob dies bei nur zehn Sitzungstagen möglich sein wird. Al-

lein Russland war strikt gegen die Festlegung von mehr als zehn Sitzungstagen, um über das Thema zu sprechen. Mit dem Mandat zeigten sich viele Staaten offen unzufrieden. Auch Deutschland war Teil einer Gruppe von 16 Staaten, darunter die G3 und Neuseeland, Österreich und die Schweiz, die sich über die Arbeit der GGE „tief enttäuscht“ zeigten. Sie formulierten: „Eine wichtige Erkenntnis aus unserer bisherigen Arbeit ist, dass AWS, die nicht im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht eingesetzt werden können, de facto geächtet sind und ihr Einsatz verhindert werden muss“, und es sei „überdeutlich, dass die bisherigen Ergebnisse der GGE nicht ausreichen, um die Dringlichkeit dieses Problems zu bewältigen. Beim gegenwärtigen Tempo des Fortschritts droht das Tempo der technologischen Entwicklung, unsere Überlegungen zu überholen.“ [Übersetzung ins Deutsche via DeepL.]

Auf den Gesprächen der vergangenen Jahre kann aufgebaut werden, der Wille von vielen Staaten, zu klaren Ergebnissen zu kommen, ist erkennbar. Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren in den Gesprächen zurückhaltend gezeigt und tunlichst vermieden, eine starke Position für ein völkerrechtlich verbindliches Instrument einzunehmen.

Diese Position muss angesichts des diplomatischen Auf-der-Stelle-tretens in Genf revidiert werden. Das rasche Eintreten in Verhandlungen ist gerade jetzt, da angefeuert durch den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine Milliarden in die Rüstung fließen werden, dringend nötig. Jetzt wird noch einmal mehr in die Forschung und Entwicklung von AWS investiert werden. Finden sich Staaten, die den Vorstoß wagen, Verhandlungen außerhalb der CCW zu beginnen, sollte Deutschland von Beginn an dabei sein und einen solchen Prozess aktiv unterstützen.

Elvin Çetin ist DFG-VK-Lobby-Beauftragte, Marius Pletsch Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis. <<



Zuschriften bitte per E-Mail an: zc@dfg-vk.de
Briefe sollten maximal 1 800 Zeichen lang sein. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Zu den Beiträgen „Furchtlos und treudoof“ und „Welt oder Westen?“ von Amab (Antimilitaristische Aktion Berlin) in *ZivilCourage* 4/2021, Seiten 8 f. und 15 ff.

Erfolgreiche und konstruktive Zusammenarbeit setzt Vertrauen voraus. Dazu ist es notwendig, dass die Personen sich kennen, dass offen miteinander kommuniziert wird, dass man sich gegenseitig einschätzen kann und respektiert. Ich stehe mit meinem Namen dazu, was ich sage, schreibe und mache, gebe jeder/jedem die Möglichkeit, persönlich Kontakt mit mir aufzunehmen, und übernehme auch persönlich die Verantwortung dafür, mit notwendigen Konsequenzen. Bei Veröffentlichungen von Gliederungen unseres Verbandes stehen die Namen der Repräsentierenden oder Verantwortlichen darunter.

Mit Unverständnis musste ich in der letzten *ZivilCourage* bei den Artikeln „Furchtlos und treudoof“ und „Welt oder Westen?“ lesen, dass eine unpersönliche Gruppe „amab“ diese geschrieben hat. Wie können wir miteinander für unsere gemeinsamen Ziele zusammenarbeiten, wenn wir uns mit Misstrauen begegnen und uns die Namen der Personen, mit denen wir uns austauschen sollen, verheimlicht werden? Gibt es niemand, der oder die „amab“ vertritt?

Wenn dieses Beispiel Schule macht, dann besteht die DFG-VK irgendwann aus einer Ansammlung unpersönlicher Gruppen, die sich gegenseitig voneinander abgrenzen, denn zur Identität und Selbstbestimmung einer Gruppe gehört, dass sie nicht die Gemeinsamkeiten mit anderen Gruppen, sondern die Eigenhei-

ten und die Unterschiede zu anderen Gruppen betont und hervorhebt. Man kann dies auch als Spaltung bezeichnen.

Amab begründet die Anonymität mit der Streikkultur in der DFG-VK und damit, den Geheimdiensten keine Hilfestellung zu leisten. Die Streikkultur wird damit, dass sich die beteiligten Personen nicht bekanntgeben, negativ beeinflusst, weil persönliche Beziehungen nicht aufgebaut werden können. Für die Geheimdienste werden unpersönliche Gruppen besonders interessant sein und mit eingeschleusten Spitzeln und mit Auswertung der Kommunikationswege dürfte es ihnen kein Problem sein, alle Personen der Gruppe zu identifizieren.

Im Sinne einer vertrauenswürdigen und offenen Diskussion bitte ich darum die Autorinnen und Autoren in der *ZivilCourage* und auch in anderen internen Kommunikationskanälen namentlich zu nennen.

Klaus Stampfer (Augsburg)

Kriegerdenkmäler werden immer mehr zu Denk-Mälern und Lernorten. Das geht mal langsamer voran und mal schneller – jedenfalls darf eine angemessene Beschäftigung mit ihnen nicht auf der Oberfläche stehen bleiben und vielleicht gar nur deren üble Botschaft absichtlich missverstehen. Den mehreren Bedeutungen eines Kriegerdenkmals kommt man näher, wenn man sich fragt, was die „Krieger“, um die sich das Denkmal dreht, getan haben. Was davon war fremdbestimmt, was davon ein freiwilliges Handeln im engeren Sinne? Auffällig ist zweifellos ihr Töten mit Absicht, oft ein massenhaftes Töten. Auffällig ist aber auch ihr früher Tod. Auch die Unterscheidung der beiden Hauptformen Opfer und Täter bringen noch nicht allzu viel Analysegewinn. Ich plädiere dafür, die vielgestaltige Verwobenheit dieser beiden Hauptformen einzugestehen. Die dadurch skizzierte Komplexität überfordert allerdings viele.

Die bemerkenswerten Kriegerdenkmals-Terrassen in Kassel fanden jetzt

auch ihren Weg in die *ZivilCourage*. Als jemand, der seit ca. 40 Jahren für eine Umgestaltung des Denkmals arbeitet, möchte ich zu dem Artikel ein paar Dinge ergänzen.

Seit dem Jahr 1920, als die Stadt Kassel (damals: Cassel) beschloss, hier einen Obst-Terrassengarten zum Denkmal (damals: Ehrenmal) umzubauen, wird ständig und immer wieder über die Deutungshoheit gestritten. Unsere Seite ist zwar noch weit vom Ziel entfernt, aber nicht einflusslos. Die Gedenktafel für die Verweigerer des Zweiten Weltkrieges und die Infotafeln, die zaghaft auf Distanz zur „Ehre“ gehen, sind immerhin auch schon mal was. In der Tat heißt es dort: „Das Denkmal mahnt zum Frieden.“

Wer diesen Satz verstehen will, sollte eine Beschönigung („Lüge“) nicht mit einem Grundsatz bzw. einem Grundverständnis verwechseln, der eben genau die anderen Deutungen der Vergangenheit zurückweist. Solche Mini-Erfolge haben aber zur Folge, dass einzelne mutige Menschen mit üblen Beleidigungen überzogen werden, denn dass neuerdings dem Reservistenverband ein Volkstrauertag mit seinem eigenen speziellen Drum und Dran untersagt wurde, schätze ich als Erfolg ein.

Ein Erfolg, den die erwähnte Aktion aufs Spiel gesetzt hat und mitnichten ihr zuzuschreiben ist. Hier vor Ort ist es uns wichtig, diese Mutigen nicht allein im Regen stehen zu lassen. Die in der *ZivilCourage* gezeigten Überklebplakate bewerte ich als provokanten Weckruf. Deutlich kontraproduktiv war allerdings der Eingriff, der nur ein paar Monate zuvor mit Spachtelmasse und Spanplatten echte Beschädigungen hinterließ. Gerade damals fehlten jegliche Versuche einer Argumentation. Beide Interventionen haben den lokalen Friedensgruppen nicht genützt, weil sie wie Wasser auf die Mühlen der Soldatenverbände wirkten.

Auf den Punkt gebracht lautet meine Ergänzung in Kurzform: An diesem Thema zu arbeiten, ist wie das Bohren eines harten Brettes. Das hätten »

» die Autorinnen ruhig erwähnen dürfen. Damit die „offene Ansprechbarkeit“ und „inhaltsreiche Öffentlichkeitsarbeit“ nicht für immer ein Zukunftstraum bleibt.

Jens Bukowski (Kassel)

Zum Editorial von Stefan Philipp in *ZivilCourage* 4/2021, Seite 2

Für ein originäres Thema der Friedensbewegung hält Stefan Philipp die Debatte um die Impfpflicht also nicht – was ihn aber nicht davon abhält, sich ausgiebig in seinem Editorial damit zu beschäftigen.

Dass er sich, bedingt durch seine Krankheit, besonders durch Corona bedroht fühlt, kann ich verstehen, die Folgerungen, die er daraus zieht, aber nicht. Denn es sollte ja bekannt sein, dass die Impfung gegen den Virus zwar die Geimpften besser gegen eine schwere Erkrankung schützt, vor allem wenn sie zu einer Risikogruppe zählen, aber nicht davor, sich selbst zu infizieren und damit andere Menschen anzustecken. Laut dem RKI-Wochenbericht vom 06.01.2022 traten in den Meldewochen 49 bis 52 mehr als die Hälfte aller symptomatischen Covid-19-Fälle bei Menschen mit einer zweifachen Impfung auf. Impfdurchbrüche bei Menschen mit Auffrischungsimpfung wurden ebenfalls in erheblicher Zahl verzeichnet.

Zudem ist eine Impfpflicht eben doch eine Zwangsmaßnahme. Menschen sollen durch die Androhung erheblicher Strafen dazu gebracht werden, sich einer von ihnen nicht erwünschten medizinischen Behandlung zu unterziehen, da die permanente Ausgrenzung durch 2G-Regeln offensichtlich nicht das staatlich erwünschte Ergebnis bewirkt.

Die Sanktionen werden auch sicher nicht dem entsprechen, was droht, „wenn man bei Rot über die Ampel geht“, wie Stefan Philipp schreibt. Für Menschen in medizinischen oder pflegerischen Bereichen bedeutet die schon beschlossene berufsbezogene Impfpflicht faktisch ein Berufsverbot.

Und bei einer allgemeinen Impfpflicht werden wiederkehrende Bußgelder im vierstelligen Bereich diskutiert, die für viele Menschen den wirtschaftlichen Ruin oder gar Erzwingungshaft bedeuten würden. Wo ist da bitte der Unterschied zum Kriegsdienstzwang?

Klaus Länger (Landensberg)

Lieber Stefan Philipp, was schreibst Du in Dein nächstes Editorial, welche Sexualpraktiken Du regelmäßig anwendest und warum?

Für mich ist es nicht von Interesse, ob und wie oft Du Dir die Genspritze geholt hast. Und ich denke auch, das Editorial der *ZivilCourage* ist dafür nicht der richtige Ort für Deine persönlichen Entscheidungen Deinen Körper betreffend, ich verlor gleich die Lust weiterzulesen. Ob Du Dich mit den Impfungen schützt, ist zumindest wissenschaftlich umstritten. Bisher wird davon ausgegangen, dass für eine relativ kurze Zeit schwere Verläufe verhindert werden können. Ich vermute eher, dass langfristig das Immunsystem geschwächt wird durch die Impfungen, dieses ist aber unser wichtigster Schatz. Hinzu kommen die Nebenwirkungen bis zum Tod, schon die offiziellen Zahlen sind sehr hoch (siehe PEI oder EMA). Viele Ärzte gehen von einer mindestens 90-prozentigen Dunkelziffer aus, da die meisten Fälle nicht gemeldet bzw. näher untersucht werden.

Dass andere Dich mit einer Impfung schützen, hatten bereits die Hersteller der Impfungen ausgeschlossen. Geimpfte können genauso Überträger sein wie Ungeimpfte, haben diesselbe Viruslast bei Erkrankung. Deshalb ist Impfen auch kein Akt der Solidarität, wie staatliche Propaganda Glauben machen will.

Die drei schwer chronisch erkrankten Menschen in meinen engen Umfeld haben sich dafür entschieden, sich nicht impfen zu lassen. Diese haben alle eher schlechte Erfahrung mit der Schulmedizin gemacht und wollen jede weitere Belastung ihres Körpers vermeiden.

Vermutlich hast Du andere Erfahrungen. Ich wünsche Dir alles Gute.

Solidarische Grüße

Thomas Held (Lychen)

Zum Beitrag „Für eine Welt ohne Waffen und Militär“ von Jürgen Grässlin und den Beiträgen von Amab und Guido Grünewald über den World Peace Congress in *ZivilCourage* 4/2021, Seite 14 f., 15 ff., 17 f.

Lieber Jürgen, beim Lesen Deines Berichtes „Für eine Welt ohne Waffen und Militär“ über Barcelona war ich sehr überrascht. Du schreibst, Jeremy Corbyn habe den „analytisch brisantesten Vortrag“ gehalten.

Noch überraschender fand ich jedoch, dass Du behauptest, Herr Corbyn werde wegen seiner angeblich so brisanten Analysen „in seinem Heimatland von den Tories und den Mainstreammedien bewusst diskreditiert und scharf attackiert.“ Ich finde es unverständlich, wie Du die lange Liste antisemitischer Grenzüberschreitungen durch Corbyn ignorierst und die völlig berechtigte Berichterstattung darüber mit dem verschwörungstheoretischen Narrativ von den „Mainstreammedien“ beiseite wischst.

Wir reden viel davon, dass wir eine seriöse Organisation seien oder sein wollen. Von einem Vorstandsmitglied einer Organisation, die gerne seriös wäre, erwarte ich mehr politisches Urteilsvermögen.

Hauke Thoroe (Berlin)

Es ist sicher schwierig, einen dreitägigen Kongress mit vielen Workshops zu beschreiben. Vielleicht wäre es nützlich gewesen, einen Workshop exemplarisch herauszugreifen. Die Ausführungen von Guido Grünewald fand ich zur Erklärung recht gut. Bei Jürgen Grässlin konnte man etwas von der Atmosphäre mitbekommen.

Natürlich sollten die Veranstalter auch an die weniger Betuchten denken, und auch der Klimaschutz sollte nicht vergessen werden.

Aber was die „Klugscheißer“ aus Berlin zum Thema Antisemitismus vom Stapel gelassen haben, ist einfach nur Geschwurbel.

Der Verweis auf Jeremy Corbin als Antisemit, ohne dies zu begründen, übersieht letztlich die politische Tragweite solcher Anschuldigungen und die Zielrichtung der Anklage. Es wird als Totschlagargument für unliebsame politische Vorstellungen verwendet. Ein solcher Antisemitismus lässt dem Staat Israel alles durchgehen, selbst Bombardierungen des Nachbarstaates ohne vorherigen Angriff, wie bei Syrien oft geschehen.

Der Genozid an Juden während des Nationalsozialismus in Deutschland ist durch nichts zu entschuldigen. Genauso wenig wie Anschläge auf jüdische Einrichtungen und auf Menschen.

Der Staat Israel ist genauso wie jeder andere Staat danach zu beurteilen, wie er die Menschenrechte achtet und mit Krieg und Frieden umgeht.

Kurt Kutz (Neuried)

Die Überschrift meines Artikels zum IPB-Kongress in Barcelona war nicht mit mir abgesprochen. Sie spitzt unnötig zu, indem sie eine Detailbemerkung zur Hauptsache macht. Andiskutiert war mit Stefan eine Überschrift, wie sie mit „Ergänzende Bemerkungen zum Fazit der Jugenddelegation“ korrekt im Inhaltsverzeichnis steht. Warum Stefan aus diesem sachlichen Titel eine Überschrift mit polemischem Unterton gemacht hat, erschließt sich mir nicht. Ich erwarte allerdings, dass derart gravierende Änderungswünsche künftig mit mir als Autor abgesprochen werden.

Guido Grünwald (Bonn)

Zu Beitrag „Aus friedenspolitischer Sicht kein Fortschritt“ in *ZivilCourage* 4/2021, Seiten 4 ff.

Es hätte mich sehr gewundert, wenn sich die neue Bundesregierung nicht für die perspektivische Anschaffung

von bewaffneten Drohnen ausgesprochen hätte, nachdem in der SPD Zweifler daran überstimmt worden waren. Deshalb sind die Einlassungen im Koalitionsvertrag der „Ampel“ wenig verwunderlich, aus pazifistischer Sicht aber gleichsam inakzeptabel. Wenngleich die Argumente mittlerweile ausgetauscht sein dürften, bleibt die ethische Frage gestellt.

In Zeiten von nicht-analogen Konflikten muss sich die Menschheit ohnehin mit ganz grundsätzlichen Aspekten befassen: Sollen, können und dürfen wir alles, was möglich ist, auch tatsächlich umsetzen? Wann ist die Gefahr zu hoch, dass uns die menschenerschaffene Technik und Digitalisierung selbst übermannt? Und welche Grenzen des Transhumanismus dürfen wir allein aus moralischen Gründen nicht überschreiten, um uns vor den Folgen unseres eigenen Handelns zu bewahren?

Würde diplomatische Völkerverständigung gelingen und die Vernunft des Menschen funktionieren, bräuchten wir uns um Kampfdrohnen keinerlei Gedanken zu machen. Doch allein das Beispiel der Atomkraft zeigt, dass Ideologien und Machtbestrebungen jeglichen Verstand außer Kraft setzen und zunächst für friedliche Verwendung gedachte Mittel zweckentfremdet werden.

So ist es auch im aktuellen Beispiel: Diese fliegenden Objekte können für die Zivilisation eine wichtige Erleichterung bringen. Doch je weiter sich der Mensch von seiner Naturbeschaffenheit entfernt und zwischen den Urzustand und sich selbst immer weitere Mechanik setzt, umso mehr verliert er das Gespür für die Auswirkungen seines Agierens. Wer aus weiter Entfernung Drohnen lenken und mit einem einzelnen Knopfdruck Tod bringen kann, dürfte im Zweifel schon allein deshalb zum Waffengebrauch bereit sein, weil er vor dem Bildschirm jegliche Empfindung für die Realität verliert.

Das machen Verhaltensbeobachtungen gerade bei jungen Personen, die unter exzessivem und nahe-

zu suchtartigem Gaming leiden, überaus deutlich. Wir kommen dann nicht umhin, uns in eine Scheinwelt zu begeben und den Kontakt zur Wirklichkeit zu verlassen. Damit entfällt auch jegliches Gefühl der Sittlichkeit und der Respekt vor dem tatsächlichen Leben. Es wird auch dem erfahrenen Militär nicht gelingen, den nötigen Abstand zu wahren und die gebotene Zurückhaltung zu üben.

Dafür würde es dem in der Einsatzzentrale sitzenden Bundeswehrangehörigen mithilfe der Idealisierung des Hybriden zu leicht gemacht, bei Bedarf den Gegner per Mauseklick zu eliminieren. Unabhängig vom Faktum, dass gerade in einer flexibilisierten Zukunft der Dialog gegenüber einem vorschnellen Kriegseinsatz ohnehin an Bedeutung gewinnen muss und Gewalt als Mittel zur Lösung von Krisen geächtet werden sollte, wird die Wertegemeinschaft nicht umhinkommen, sich auf ihre Verantwortung zu besinnen und unser Dasein nicht zu einem Spiel verkommen zu lassen.

Dennis Riehle (Konstanz)

ZivilCourage-Digitalbezug

Der DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb hat wiederholt geworben für: Weniger Geld für die Post, mehr für Politik! Und darum gebeten, dass sich möglichst viele Mitglieder dafür entscheiden, die *ZivilCourage* nicht mehr als gedrucktes Heft per Post zu beziehen, sondern digital als PDF per E-Mail.

Die Resonanz ist erfreulich: **310** Mitglieder haben sich bisher für den Digitalbezug entschieden und sparen v.a. Portokosten (und in geringerem Maß auch Druckkosten) ein. Geld, das damit nun direkt in die politische Arbeit der DFG-VK fließt.

Die Bitte zur Umstellung gilt weiter. Technisch ist sie ganz einfach: Entweder zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/ aufrufen, eintragen, fertig. Oder: E-Mail an: zc@dfg-vk.de mit Betreff: *ZC digital*
Vielen Dank!



Stefan Kurt Treiber:
Helden oder Feiglinge? Deserteure der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt, New York 2021; 343 Seiten; 43 Euro

In der Regel veröffentlicht die *Zivil-Courage* nicht (gleichzeitig) zwei Besprechungen desselben Buchs. Nun war es dieses Mal so, dass zwei Fachleute aus der DFG-VK, die beide ohne Wissen von einander eine Besprechung des Buchs für die *Zivil-Courage* verfasst haben:

Günter Knebel hat bis zu dessen Tod viele Jahre mit dem Wehrmacht-deserteur Ludwig Baumann eng zusammengearbeitet und ist nach wie vor ehrenamtlich im Vorstand der *Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz* engagiert.

Ralf Buchterkirchen ist seit Langem in der DFG-VK engagiert, war einige Jahre Mitglied im BundessprecherInnenkreis und hat zum Thema Desertion publiziert, z.B.: „Du brauchst dich wegen meiner Hinrichtung nicht zu schämen...“ – Ungehorsame Soldaten in Hannover 1933-1945. Hannover 2020; 100 Seiten; 9 Euro

Desertion bleibt ein wichtiges Thema. Und zwei Rezensionen ermöglichen eine differenzierte Einschätzung des Treiber-Buchs.

„Das Delikt Fahnenflucht war für Wehrmachtjuristen ein Blankoscheck, um die Todesstrafe zu verhängen.“ (S. 15)

Wer waren die Männer, die sich entschlossen, nicht mehr als Soldaten in Hitlers Wehrmacht weiterzukämpfen? Die mit einem Streifzug durch die Literatur zum Forschungsstand beginnende Einordnung zwischen – laut Medienberichten – „charakterlosen Helden“ (Jahr 1995) oder den „mutigsten Feiglingen der deutschen Geschichte“ (Jahr 2015) genügte dem Autor Stefan Kurt Treiber als Antwort ebenso wenig, wie die seit geraumer Zeit bestehende Beurteilung, jeder

verdiente Respekt, der sich dem verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg Deutschlands entzogen habe.

Ein Coaching-Gespräch an der Hochschule der Bundeswehr in München und der Zuspruch von Prof. Dr. Sönke Neitzel, der die Arbeit „Seite für Seite“ begleitet hat, sensibilisierten ihn für das gesuchte „Dazwischen“: Heute müsse gefragt werden, „ob der Widerstands-Mythos nicht zu lange gepflegt wurde“ (S. 25) und ob nicht ein „reflektierter Umgang mit Deserteuren in Form von Stolpersteinen möglicherweise besser wäre als eine pauschale Ehrung“ durch Deserteur-Denkmal. (S. 24, 25 und 319) Die auf „Differenzierung“ angelegte Fragestellung akquirierte auch – laut Vorblatt und Danksagung (S. 343) – Fördermittel der Axel-Springer-Stiftung, um das Dissertationsvorhaben des wissenschaftlichen Mitarbeiters der Gedenkstätte Dachau zu fördern.

Den Zwischenraum einer „sehr komplexen Thematik“ füllen zu wollen, hat Treiber motiviert und wissenschaftlich herausgefordert, aus den vorhandenen „Trümmerbeständen“ von deutlich weniger als 10 Prozent Verfahrensakten, die – laut seiner ausführlichen aktuellen Auskunft zur Quellenlage – nach dem Krieg von der Wehrmachtsgerichtsbarkeit übrig geblieben sind, immerhin 999 Fahnenfluchtfälle aus mehr als 120 Divisionsgerichten aufzuspüren und „ausgedehnt zu analysieren“. Strafakten von Divisionsgerichten des Feldheeres, das hatte 1944 davon 540, die für insgesamt 13,6 Millionen Heeressoldaten der Wehrmacht zuständig waren.

Deren große Anzahl, rund 75 Prozent der insgesamt 18 Millionen Soldaten der Wehrmacht, Luftwaffe (2,5 Millionen = 14 Prozent), Marine (1,2 Millionen = 6 Prozent) und Waffen-SS (0,9 Millionen = 5 Prozent) waren deutlich weniger personalintensive Truppenteile der Wehrmacht, lässt das Feldheer mit weiteren, durchaus überzeugenden Gründen zum repräsentativsten Forschungsgegenstand

werden: Neben guter Aktenlage waren die Heeres-Einheiten dauerhaft im Einsatz und ließen soziale Bindungen entstehen, theoretisch und praktisch konnten Soldaten des Heeres, im Unterschied zu Soldaten in der Luft oder auf dem Wasser, jederzeit desertieren. Und – last but not least – waren Heeressoldaten in Kampfeinheiten dauerhaft mit dem höchsten Risiko von Tod und Verwundung ausgesetzt.

Die ausgewerteten Unterlagen der über 120 Heeresgerichte haben noch ein weiteres Alleinstellungsmerkmal: Sie sind aus dem Feldzug gegen die Sowjetunion, der der längste zusammenhängende Kampfeinsatz der Wehrmacht war und vom 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945 dauerte, d.h. 1416 Tage, „also 2/3 der gesamten Zeit des Krieges in Europa.“

Wohlbegründet grenzt Treiber den von ihm untersuchten Begriff der Fahnenflucht zeitlich ein, nämlich dem situativen Kriegsverlauf entsprechend auf „nur bis Ende 1944“. Bis dahin sei es plausibel gewesen, „sich dauerhaft dem Dienst in der Wehrmacht zu entziehen“, was als festgestellte Absicht des Soldaten für den Straftatbestand Fahnenflucht konstitutiv war. Die chaotische Endphase des Krieges, Zeit fliegender Standgerichte, Schnellverfahren und willkürlicher Todesurteile soll damit ausgespart bleiben. Das ist definitorisch gut nachvollziehbar, führt aber notwendig zu geringeren Zahlen als Studien, die auch diese – für das untersuchte Thema keineswegs unerhebliche - Zeitspanne einbeziehen, auch wenn diese statistisch noch viel weniger belegt ist als der vorausgehende Zeitraum. Methodisch sieht Treiber seine empirische Studie, in Abgrenzung von früher meist „schmal und tief“ durchgeführten Arbeiten, als „breite und flache“ Datensammlung angelegt, die zudem einem „bottom-up“ Ansatz folge: Grundsätzlich vom Delikt ausgehend werde damit eine breitere Sichtweise auf Fahnenflüchtige eröffnet, die unterschiedliche Akteure in den Blick nehme. Diesem Anspruch wird die Studie augenscheinlich gerecht.

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert: Teil I schildert eine erste „Annäherung an Deserteure“ durch kurze Beispiele, beschreibt wie o.a. Forschungsstand, „Zeitenwende“, Ursprünge der Deserteursdebatte und deren Entwicklung, Quellenlage und das Forschungsprojekt.

Teil II trägt den Titel „Außenansichten auf Deserteure“ und informiert über Vorgeschichte, Rechtslage im NS-Staat, Fahnenflucht in Zahlen und Referenzrahmen des Krieges.

Teil III ist getitelt „Innenansichten auf Deserteure“ und informiert ausführlich über die erhobenen soziodemographischen Daten, vom Alter, Familienstand, Religion, Beruf, Dienstgrad, Dauer der Wehrmachtzugehörigkeit, Einsatzgebiete der Divisionen, Fluchtgründe und Vorstrafen, Arten von Fahnenflucht, Helden oder Feiglinge, Konsequenzen der Fahnenflucht, Überlebenschancen.

Die Ergebnisse der Studie, die sich oft – und für mich überraschend positiv – auf die bahnbrechenden Standardwerke von Manfred Messerschmidt und Fritz Wüllner und wichtige Forschungsarbeiten anderer Autor*innen beziehen bzw. teilweise detailliert daran abarbeiten, habe ich mit Interesse gelesen. Bis auf relativ wenige und eher marginale Korrekturen, so wird z.B. auf Seite 183 in Fußnote 30 die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) durch Bertha von Suttner und Alfred H. Fried statt 1892 in das Jahr 1914 (!) datiert, kann ich der ausgedehnten Daten-Analyse keine wirklich falschen Ableitungen oder gravierende, widerspruchsbedürftige Mängel entnehmen. Vieles ist bereits nachlesbar bekannt, einiges, wie z.B. die oft positive Beurteilung von Deserteuren durch ihre Dienstvorgesetzten, nun neu erforscht.

Die Studie regt einmal mehr an, was auch in der praktischen Gedenk-Arbeit für die Opfer der NS-Militärjustiz bereits öfter gefordert worden ist: internationale Vergleiche zu erstellen, das vorhandene Material zur Wehrmachtjustiz noch stärker zu erforschen und auszuwerten, z.B. zur

Spruchpraxis einzelner Gerichte oder zu anderen Delikten wie Wehrkraftzersetzung.

Zu diesem positiven Befund gehört aber eine kritische Bewertung, die an der zuvor angemerkten Fehldatierung anknüpft: Mir scheint diese bezeichnender Ausdruck einer friedenspolitischen Distanz der gesamten Arbeit zu sein, die durch (zu)viel Empathie und Verständnis für Militärisch-Soldatisches und nicht zuletzt auch für die Tätigkeit der Wehrmachtjustiz unterstrichen wird.

Beim relativ häufigen Lesen von Zeilen wie dieser, „Keinesfalls darf die NS-Unrechtsjustiz relativiert oder negiert werden, aber trotzdem ist eine differenzierte Auseinandersetzung wichtig, nicht zuletzt auch wegen der Bewertung der Deserteure“ (S. 314), drängte sich mir immer wieder die Frage auf, welche historisch-politische Selbsteinschätzung der Autor wohl hat. Denn wer als historisch Forscher nach – erst 2002 gesetzlich beendet! – jahrzehntelanger Ausgrenzung und Verfemung der Wehrmachedeserteure diesbezüglich „heute ein zu lange gepflegtes Widerstands-Mythos“ konstatiert und wenige Dutzend Denk-Mäler für Opfer der Wehrmachtjustiz, die zigtausend zum Teil Krieg verherrlichende Kriegerdenkmäler gesellschaftlich produktiv kontrastieren, lieber als kleine, feine „Stolpersteine“ in Bodennähe versenkt sehen möchte, der sollte auch innerhalb einer solchen wissenschaftlichen Arbeit einmal deutlich seinen eigenen Standpunkt darlegen – und sich dabei auch mit der Frage beschäftigen, welche Haupt- und/oder Nebenwirkungen die eigene privat und staatlich geförderte Forschungsarbeit intendiert.

Günter Knebel

Zu „Deserteuren der Wehrmacht“ gibt es seit Ende der 1970er Jahre zahlreiche Arbeiten. Nach Otto Peter Schweling (Marburg 1977), der die Wehrmachtjustiz verharmlosen wollte, begannen zahlreiche Autor*innen – darunter Jörg Kammler (Fuldabrück

1997), Fritz Wüllner und Manfred Messerschmidt (Baden-Baden 1987) sowie Wolfram Wette (Essen 1995) –, sich dem Thema zu nähern. Sie bauten zu Schweling eine Gegenposition auf wissenschaftlicher Basis auf.

Die nächste Generation, die neue Ansätze bemühte, kam in den frühen 2000er Jahren hinzu: Magnus Koch (Paderborn 2008) und Claudia Bade (Göttingen 2015) sind hier zwei prominente Beispiele. Ging es zunächst noch um den Nachweis der Unvereinbarkeit von Wehrmachtjustiz mit Gerechtigkeitsnormen, wandelte sich der Fokus hin zu den Deserteuren und ihren individuellen Biografien. Insbesondere die Frage nach den Gründen der Desertion wurde thematisiert. Die Betrachtungen verabschiedeten sich von pauschalisierenden Sichtweisen, die Deserteure entweder als „Feiglinge“ denunzierten oder als „Helden“ stilisierten (Koch 2007), stattdessen kamen die individuellen Gründe der Desertion in den Blick.

Die 2021 in der Reihe „Krieg und Konflikt“ des Campus-Verlags erschienene Dissertation von Stefan Kurt Treiber „Helden oder Feiglinge? Deserteure der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg“ geht ebenfalls dieser Frage nach. Er möchte in seiner Studie ein differenzierteres Bild des Deserteurs zeichnen.

Einstieg ins Buch und erste Einordnung.

Im ersten Teil seiner Arbeit stellt Treiber den aktuellen Forschungsstand zu Deserteuren vor. Nur kurz geht er dabei auf die Rechtfertigungsversuche ehemaliger Nazis ein, sein Fokus liegt auf der gesellschaftlichen und inhaltlichen Auseinandersetzung zu Deserteuren. Leider deutet sich hier schon ein Mangel an, der sich durch die gesamte Arbeit zieht: Von seiner Position abweichende Arbeiten, sei es von rechts (wie die zu Recht kritisierte Arbeit von Franz Seidler, München 1991) oder eben von anerkannten Wissenschaftler*innen, werden als ideologisch gebrandmarkt. Insbesondere Fritz Wüllner wird so diskreditiert: „In weiten Teilen »

» des Buches erkennt man, dass Wüllner sich auf einem Kreuzzug befand“ – schreibt Treiber auf Seite 112. Aber auch der Friedensbewegung nahestehende Autor*innen und die historische Forschung der DDR werden von ihm pauschal zurückgewiesen.

Treiber ist sichtlich bemüht, seine eigene – durchaus parteiliche – Position als neutrale wissenschaftliche darzustellen. Das macht er nicht durch eine besonders gewissenhafte, neutrale Abwägung der verschiedenen Positionen und Einordnung der Quellen, sondern durch eine Herabwürdigung der anderen. Dass er selbst Doktorand an der Hochschule der Bundeswehr war und von der Axel-Springer-Stiftung mit einem Stipendium gefördert wurde, ist ihm keine Reflexion wert. Umso mehr stellt er politische Bezüge und Intentionen für andere Autor*innen heraus.

Ein sichtbar wichtiges Anliegen ist Treiber, über die Rechtsstaatlichkeit der Wehrmachtjustiz zu diskutieren. Ausgehend von einer allgemeinen Geschichte der Militärjustiz und anhand von Vergleichen mit den Armeen der USA und Großbritanniens meint er, dass grundlegende Prinzipien ähnlich und die Gesetze auch im NS formal demokratisch beschlossen seien. Dabei unterlaufen ihm in seiner Argumentationskette mehrere schwere Fehler, insbesondere:

- Das Gesetz zur Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit wurde am 12. Mai 1933 beschlossen, als das Parlament längst ausgehebelt war. Zudem wich das praktische Handeln der Wehrmachtjustiz deutlich vom Gesetz ab, blickt man etwa auf das praktische Nichtvorhandensein von Verteidigern.
- Dass Großbritannien die Todesstrafe für Fahnenflucht abgeschafft hatte, wird von Treiber zwar erwähnt, geht aber nicht in seine Bewertung ein.

So kommt Treiber am Ende zu einer die Nazi-Zeit relativierenden Aussage: Es war nicht alles so unrechtmäßig. Sein Versuch, wissenschaftlich ausgewogen zu erscheinen, schlägt fehl.

Den Hauptteil von Treibers Arbeit

macht freilich nicht die Analyse der Strukturen von Wehrmacht und Justiz aus, vielmehr wertete Treiber beim Militärarchiv in Freiburg 999 Akten aus. Die Akten – oder die Personen, die sich hinter ihnen verbergen – sind als fahnenflüchtig gelabelt. Unter den Dokumenten sind 139 Kriegsgerichtsakten (davon 99 Verurteilungen wegen Fahnenflucht), die übrigen sind Tatbeschreibungen von (möglicherweise) erfolgreichen Entziehungen. Das Material ist durchaus interessant, denn es ermöglicht einen anderen Blick auf das Strafverfolgungssystem. Bisher wurden für zahlreiche der regionalen und überregionalen Studien fast ausschließlich Urteilsakten herangezogen – auch weil kaum andere Dokumente verfügbar waren.

Auffällig ist, dass in den von Treiber herangezogenen Dokumenten die als „fahnenflüchtig“ Beschriebenen meist gute bis sehr gute Bewertungen erhielten, die Sprache der NS-Urteile – gespickt mit abwertenden Vokabeln wie „asozial“ und „minderwertig“ – findet sich kaum. Treiber thematisiert auch, wie Mitsoldaten Deserteure auf der Flucht ermordeten, allerdings ohne Belege anzuführen.

Bei dem Versuch, Motive für Desertion aus den Akten herauszufiltern, verliert sich der Autor in zahlreichen Statistiken, die er in Verbindung mit anderen Studien setzt, um seine Argumentation zu bekräftigen oder anderen Arbeiten die Beweiskraft abzuspüren. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn es um das Strafmaß der Verurteilungen und die Anzahl der Hinrichtungen geht. Treiber schließt aus seinem Beobachtungszeitraum das Jahr 1945 komplett aus – was natürlich zu Verzerrungen führt. Ausführlich widmet er sich der sehr spezifischen Gerichtspraxis in der Marine und im Ersatzheer, um die Besonderheiten in seinen Schlussfolgerungen zu ignorieren oder sogar kleinzureden. Seine Akten befassen sich ausschließlich mit der Ostfront gegen die Sowjetunion zwischen 1941 und 1944, da dort – so der Autor – eine bessere Analy-

se möglich sei, da die Angst vor dem Tode (beispielsweise beim Ersatzheer) so nicht bestanden hätte.

Treiber ermittelt so aus 99 Urteilen wegen Fahnenflucht und 78 verhängten Todesurteilen (davon ein Drittel in Abwesenheit) 19 bekannte Vollstreckungen. Er gelangt so zu einer „Vollstreckungsquote“ von 50 Prozent und widerspricht anderen Erkenntnissen, die von 60 bis 70 Prozent ausgehen. Wüllner schätzte 40 000 Urteile wegen Fahnenflucht insgesamt, Treiber meint hingegen, es genau zu wissen, trotz schwieriger Aktenlage: 26 479 Urteile wegen Fahnenflucht seien es gewesen. Der Nachweis ist eine Hochrechnung, begrenzt auf die Jahre 1941 bis 1944.

Obwohl das Buch auf die individuellen Motive für Desertion fokussieren will, geht es ihnen kaum ernsthaft nach. So habe es nur einen Fall politischer Fahnenflucht gegeben (Richard Felix Kaszemeik, ausführlich vom Autor der Rezension gewürdigt: <https://bit.ly/3GJ1B5Q>), so dass diese empirisch bedeutungslos sei. Treiber unterschlägt dabei, dass die politische Fahnenflucht eher bei dem Bewährungsbataillon 999 vorkam. Das hat er nicht untersucht. Zudem ist ein Unterschied zwischen zugegebenen und tatsächlichen Gründen, insbesondere aufgrund der Straferwartung, zu erwarten. Gewiss war politische Fahnenflucht nur ein Grund von vielen und wollten Fahnenflüchtige oft zu ihren Liebsten oder konnten das Morde des Militärs nicht mehr ertragen, aber das politische Motiv dermaßen zu marginalisieren... – dafür ist die Arbeit Treibers nahezu beispiellos.

In seiner Zusammenfassung kommt der Autor zu der Ansicht, dass die NS-Gerichte häufig „milde“ Urteile gefällt hätten. Andere Studien – auch meine eigenen – belegen das Gegenteil.

Abschluss. Das Buch ist ein hilfreicher Einblick in die Entwicklung der Debatte um Desertion. Der große Pluspunkt der Arbeit ist die Sicht auf Vorgangsakten und nicht auf le-

diglich Gerichtsakten. Allerdings sind die Wertungen so deutlich parteilich und verharmlosend zum NS, dass die Arbeit durchaus gut zur Schau

stellt, warum sie an der Hochschule der Bundeswehr und gefördert von der Axel-Springer-Stiftung verfasst werden konnte: Zur Aufarbeitung des

Charakters der Wehrmachtjustiz leistet sie keinen neuen Beitrag.

Ralf Buchterkirchen



Detlef Bald: Dietrich Bonhoeffer. Der Weg in den Widerstand. „Ich bete für die Niederlage meines Landes“. Darmstadt 2021. 236 Seiten, 35 Euro

Durch welche Einsichten oder Einflüsse Menschen fähig waren, ihrem Leben eine komplett neue Orientierung zu geben, ist eine stets inspirierende Frage. In Deutschland gab es in der Kaiserzeit und in den Jahren der Weimarer Republik eine ganze Reihe von Offizieren, denen der Kraftakt gelang, sich aus den militaristischen Traditionen zu lösen und sich vom angestammten militärischen Milieu abzuwenden, um sich nach dieser Umkehr im organisierten Pazifismus zu engagieren. Ihre Lebensläufe wurden untersucht in dem Band „Weiße Raben. Pazifistische Offiziere in Deutschland vor 1933“ (W. Wette (Hrsg.); Bremen 2020). Der Münchener Historiker Detlef Bald gehörte zu der Forschergruppe, die es unternahm, diese „Weißen Raben“ der Vergessenheit zu entreißen. Später ging er der Frage nach, auf welchen Wegen der Student und Wehrmacht-Sanitätsfeldwebel Hans Scholl und seine Mitstreiter in der Gruppe „Weiße Rose“ zum Widerstand gegen das Hitler-Regime fanden (D. Bald: Die Weiße Rose. Berlin 2003).

Mit eben dieser Frage konfrontiert Bald in seinem neuen Buch den bekannten evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer, der häufig als Ikone des protestantischen Widerstandes verklärt wird. Bald wirkte einige Jahre lang als Vorsitzender des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins. Von dort her kam der Anstoß zu neuen Quellenforschungen. Sie waren ertragreich.

Es gelingt dem Autor, eine neue Seite dieses Theologen aufzudecken, die von Biografen bislang kaum beachtet wurde, weil sich ihr Interesse primär auf dessen theologisches Werk richtete.

Bonhoeffer war ein Aufbegehren gegen die Obrigkeit nicht in die Wiege gelegt. 1906 in Breslau geboren, wuchs er in einem großbürgerlichen Milieu auf und wurde mit den nationalistischen und militaristischen Denkweisen seiner Zeit imprägniert. Als überzeugter Anhänger des preußisch-deutschen Machtstaates predigte der junge Pfarrer über den „gottgewollten Kampf für's Vaterland“ und betrachtete das Militär als Teil eines göttlichen Plans. Im Mainstream der Tradition des Lutherprotestantismus schwimmend, dachte er in deutschen und bellizistischen Kategorien. Insoweit befand er sich auf dem besten Weg, ein bekannter protestantischer Professor oder Bischof zu werden.

Es kam jedoch anders. Der damals 24-jährige Theologe erlebte im Jahr 1930 einen „existenziellen Umbruch“ (Bald), ein politisches Erwachen, das ihn zu einer vollständigen Umkehr in seinem Denken und Handeln führte. Während eines Aufenthalts in New York begegnete Bonhoeffer auf Schritt und Tritt der amerikanische Rassismus, die Armut und die Rechtsunsicherheit des schwarzen Bevölkerungsteils – und die Tatsache, dass die Kirchen diese Ungerechtigkeiten deckten, statt sie zu bekämpfen. Aufgewühlt und bedrängt durch seine Erfahrungen suchte Bonhoeffer nach den historischen Ursachen für diese gesellschaftliche Konfliktkonstellation und fand sie in der Jahrhunderte alten Geschichte des Abendlands. Dieses habe – mitgetragen vom Christentum – eine Kultur der kriegerischen

Politik, der Eroberungen, des Kolonialismus und der Zerstörung der Natur entwickelt. Mit seiner Analyse schaute der Theologe weit über den nationalen Tellerrand hinaus und entwarf eine globale Perspektive für eine eigenständige Friedensethik.

Nach Deutschland zurückgekehrt, lehnte er sich in öffentlichen Vorträgen, auch im Rundfunk, gegen den radikalen Nationalismus der deutschen Faschisten, gegen deren völkisches Denken, gegen Kriegsverherrlichung, Schwertglauben und Machtanbetung auf. Er sah die Diktatur und den Unrechtsstaat kommen. Schon bald wurde er von den Nazis als „Pazifist und Staatsfeind“ verfolgt. Bonhoeffer seinerseits beließ es nicht bei rhetorischer Konfrontation mit den braunen Machthabern, sondern suchte nach Wegen für praktisches, effektives Widerstandshandeln. Seit etwa 1938 agierte er als offizieller Verbindungsmann des militärischen Geheimdienstes zu internationalen Kirchenvereinigungen, verdeckt als Agent des militärischen Widerstands um den Admiral Wilhelm Canaris.

Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde auch diese Gruppe entdeckt. Bonhoeffer und seine Mitstreiter endeten am 9. April 1945, wenige Wochen vor Ende des Krieges, im oberpfälzischen Konzentrationslager Flossenbürg am Galgen. Hilfe oder Schutz von seiner Kirche erfuhr Bonhoeffer weder vor noch nach 1945. Stattdessen trug diese zur moralischen Legitimierung von Hitlers Angriffs- und Vernichtungskriegen bei. Derweil bekannte Bonhoeffer: „Ich bete für die Niederlage meines Landes, denn ich glaube, dass es die einzige Möglichkeit ist, um für das ganze Leiden zu bezahlen, das mein Land in der Welt verursacht hat.“

Wolfram Wette



Helmut Kurz: In Gottes Wahrheit leben. Religiöse Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von der Internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi, Deutsche Sektion, sowie dem Pax-Christi-Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart. Bremen 2022; 320 Seiten; 18 Euro

Sie galten als „Versager“, „Drückberger“, „Schädlinge“, „Minderwertige“, „kraftlose Pazifisten“, „Wehrkraftzersetzer“, „Unzurechnungsfähige“ oder „Volksverräter“ – die Kriegsdienstverweigerer des Zweiten Weltkriegs. Auch noch lange nach Kriegsende waren sie geächtet, und ihre Schicksale blieben weitgehend unbekannt. 333 religiöse Verweigerer sind hingerichtet worden.

Ende 2020 ist ein umfangreiches, gründlich recherchiertes Werk des ehemaligen Religionslehrers und Pax-Christi-Mitglieds Helmut Kurz mit 22 ausgewählten Kurzbiografien religiös motivierter Verweigerer der nationalsozialistischen Wehrmacht erschienen.

Von der größten Verweigerergruppe, den „Zeugen Jehovas“, sind exemplarisch zwei junge Männer in Kurz'



Helmut Donat (Hrsg., in Verbindung mit dem Rostocker Friedensbündnis): Hans Paasche. Ein Leben für die Zukunft. Bremen 2022; 192 Seiten; 14,80 Euro

Vorgestellt bereits im Oktober 2021 in Rostock (siehe *ZivilCourage* 4/2021, S. 13), hat das Buch „Hans Paasche. Ein Leben für die Zukunft“ nun das Licht der Welt erblickt. Es markiert einen wichtigen Schritt auf dem Weg, den Aktive aus Rostock und Bremen seit dem vorigen Jahr

Darstellung aufgenommen worden, dazu überwiegend katholische und evangelische Christen; der bekannteste ist der katholische Bauer Franz Jägerstätter, dem der Regisseur Terrence Malick 2019 mit dem Spielfilm „Ein verborgenes Leben“ ein Denkmal setzte. „Zu was hat denn Gott alle Menschen mit einem Verstande und freien Willen ausgestattet, wenn es uns, wie so manche sagen, gar nicht einmal zusteht zu entscheiden, ob dieser Krieg, den Deutschland führt, gerecht oder ungerecht ist?“, zitiert ihn der Autor und verweist auf die beschämende Kanzelerklärung der österreichischen Bischöfe von 1938, in der sie der nationalsozialistischen Bewegung „beste Segenswünsche“ erteilten.

Die vorwiegend nazifreundliche Haltung der Amtskirchen wird an vielen Beispielen der vorgestellten Lebensgeschichten deutlich. Demgegenüber erfrischt immer wieder die hier dokumentierte Klarsicht sowie der Mut der widerständigen Gläubigen. So erklärte August Dickmann, Zeuge Jehovas und Kriegsdienstverweigerer, „dass er Adolf Hitler nicht als den Führer des deutschen Volkes anerkenne, denn Hitler sei die personifizierte Bosheit und ein Werkzeug Satans“.

Der katholische Jurist Josef Fleischer verweigerte den Fahneid, denn „einen Menschen im Krieg um-

gehen und dessen Ziel ihre Initiative im Namen trägt: „Hans Paasche ehren!“ Ihr Aufruf ist zusammen mit der Liste der Erstunterzeichner, unter ihnen auch viele DFG-VK-Mitglieder, am Ende des Bandes abgedruckt.

Das Buch bildet alle Facetten des viel zu kurzen Lebens und Wirkens des gebürtigen Rostockers Hans Paasche ab. Der Leser erhält eine Vorstellung von einem faszinierenden Menschen; mit den Worten eines der Autoren, P. Werner Lange: „Rosa Luxemburg, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky und Friedrich Wilhelm Foerster schätzten ihn, den 1920 ermordeten Marineoffizier und streitbaren Pazi-

zubringen, sei nach seiner Überzeugung ‚Brudermord‘“. Daraufhin wird Fleischer gerichtlich als geistesgestört eingestuft. Ihm gelingt die Flucht aus der Psychiatrie. Doch noch 1960 lehnt das Landgericht Freiburg seinen Antrag auf Entschädigung ab, da ihm „kein *typisch* nationalsozialistisches Unrecht angetan worden sei“. Immer wieder erschüttern derlei Verbohrtheiten die Leser*in.

Kleinere Lichtblicke erfreuen, so etwa die bereits 1946 erfolgte Umbenennung der „Kriegsstraße“ in Schriesheim an der Bergstraße, dem Geburtsort von Alfred Herbst, nach diesem baptistischen Kriegsdienstverweigerer.

Die meisten aber wurden erst wesentlich später rehabilitiert. Noch in den späten 1970er Jahren äußerte der damalige baden-württembergische Ministerpräsident und vormalige Militärrichter Hans Filbinger, was damals rechtens gewesen sei, könne „heute nicht Unrecht sein“.

„Verweigerer mahnen zur Wachsamkeit gegen neue Kriegspläne“, bilanziert Helmut Kurz in seinem verdienstvollen Werk. Und: „Verweigerer zeigen Wege zu einer künftigen Friedensordnung auf. Es ist vor allem ein Weg des Gewaltverzichts und des Bestehens auf einer nicht-militärischen Konfliktlösung.“

Ariane Dettloff

fisten, Schriftsteller und Revolutionär, Großwildjäger und Naturschützer, Lebensreformer und Hochverräter Hans Paasche.“

Hans Paasche wurde zunächst als Kolonialoffizier in Deutsch-Ostafrika öffentlich bekannt. Seinen weiteren Lebensweg, bis hin zum Sozialisten, zeichnet der zitierte Beitrag nach. Es folgen Erinnerungen eines Kapitäneleutnants, der Paasche noch persönlich aus dem Dienst kannte. Es geht um Paasches Kinder, vor allem seine Tochter und ihren Anteil an der Pflege des Erbes ihres Vaters. Unter den Autoren des Bandes sind Menschen, die über Verwandte Kontakt zu ihr hatten

und sich deshalb bei der Initiative melden. Und immer wieder taucht Paasches wahrscheinlich populärstes literarische Werk auf: die satirische „Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins innerste Deutschland“.

Bei Paasches Biographie macht der Band aber nicht halt. Aktivitäten der heutigen Klimabewegung werden thematisiert; ein Autor schreibt über den Tod eines Studenten bei der Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst. Es gibt viele Informationen über die gemeinsame Erinnerungsarbeit deutscher und polnischer Schüler, unter anderem an dem heute in Polen gelegenen Ort der letzten Lebensjahre von Hans Paasche. Viel Raum nehmen Texte von Paasche selbst ein. Auch Nachrufe und Würdigungen werden zitiert, nicht zuletzt das Gedicht „Paasche“, das Kurt Tucholsky nach Paasches Ermordung durch rechtsradikale Militärs schrieb, mit Zeilen wie „Er liebte die Menschen. Er hasste Sergeanten / (das taten alle, die beide kannten).“ oder „Pazifist ist der Hund? / Schießt ihm nicht erst die Knochen wund! / Die Kugel ins Herz!“ Und es gibt auch eine ausführliche Zeittafel.

Nicht unerwähnt bleiben soll dennoch, dass der Leser manchmal stolpert: über zu viele West- und Vergangenheitsbezüge des Geleitworts (etwa Paasche-konforme, aber in Zeiten von

Hartz IV anachronistische Absagen an Wirtschaftswunderdenken), unkorrigiert gebliebene polnische Schreibungen sowie kommentierende Bildunterschriften und Einschübe von Texten, die nicht von Autoren des Bandes stammen – hier hat der Historiker und exzellente Paasche-Kenner Helmut Donat offenbar manchmal Mühe, sich zurückzunehmen und den Lesern ihr eigenes Geschichtswissen zuzugestehen. Etwas ärgerlich ist auch der voreilige Hinweis auf eine Mit herausgeberschaft der Bertha-von-Suttner-Stiftung, zum Zeitpunkt des Drucks noch ohne Zusage der Stiftung und mit falschem Logo.

Das sollte aber niemanden davon abhalten, das Buch zu lesen! Im Gegenteil. Man lernt hier einen Menschen kennen, der eigentlich schon zu seiner Zeit die ganze notwendige Breite der Friedensbewegung vorgelebt hat.

Für die Rostocker und Bremer speziell bildet sein Leben einen Gegenentwurf zu den militaristischen Traditionen ihrer Städte. Demnächst wollen sie für die Friedensarbeit auf der Straße nach diesem Buch eine Broschüre machen. Sie kommen auch gern zu Vorträgen und Lesungen. Interessierte bitte melden: rostock@dfg-vk.de.

Cornelia Mannewitz



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

100 Milliarden Euro nur für uns, was für ein Geschenk!

Was man dafür bekommt: 8000 Leopard 2 A7+, 1500 PS, über 70 km/h, neue Kanone, Klima, optimierte Bedienung, ein Traum! Oder 12 Fregatten 125, jede etwa so teuer wie die Elbphilharmonie (827 Millionen Euro). Richtig Kohle, nur für uns! U

nd wenn es vielleicht nur 4000 Kampfpanzer sein sollen, was dann noch bleibt für wirklich fliegende Hubschrauber, echte Drohnen mit KI und allem Komfort und Sturmgewehre, die auch bei Hitze noch funktionieren, kaum auszudenken!

Aber denken wir nicht nur an die Technik, sondern auch ein wenig an uns persönlich, Soldatinnen und Soldaten, denn auf uns kommt es an. Was steht auf unserer Wunschliste? Kasernen, die bewohnbare Gebäude sind und eine Ausrüstung, die wirklich etwas taugt – von Helm bis Unterwäsche und Stiefel.

Alex von Lingua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



Die ZivilCourage-Karikatur



✂️ **Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!**

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart



Die Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.